

Politische Berichte ★

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik.

Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 65 DM, ermäßigtes Abo: 39 DM, Förderabo: 78 DM

Redaktionsanschrift

GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Straße 7, 50674 Köln.

Telefon: 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73

Nummer 16/15. Jahrgang

11. August 1994

G 7756 D Preis 2,00 DM

DEP-Prozeß

Am 3. August begann in Ankara der Prozeß gegen sechs kurdische Abgeordnete der (inzwischen verbotenen) „Demokratie-Partei“ (Bild). Mehrere tausend Menschen bekundeten allein in Ankara ihre Solidarität mit den Angeklagten. Ausführlicher Bericht vom Prozeßbeginn auf den Seiten 4 und 5.



BEFRISTETER HUNGERSTREIK VOM 27. JULI BIS 3. AUGUST

Erklärung von Gefangenen

wir gehen jetzt für eine begrenzte zeit in den hungerstreik, um nochmal mit nachdruck die situation zu vermitteln und wo sie steht.

Irmgard soll nicht rauskommen, die staatsanwaltschaft hat bereits angekündigt, daß sie in die nächste instanz gehen wird, wenn es in einem halben jahr oder wann zu einer entscheidung des Gerichts kommt.

also entweder sperrfrist wegen verweigerung der psychiatrischen untersuchung oder die ganze prozedur nochmal von vorne — damit haben sie weitere jahre für irmgard festgesetzt und so auch den „maßstab“ für den rest von uns.

wir denken, auch für die breitere öffentlichkeit liegt jetzt offen auf dem tisch, daß über diesen rein justiziellen schlauch, auf den sie uns geschoben haben, nichts geht, bis in die einzelheiten ist die ganze unmöglichkeit zu sehen:

aktuell werden irmgards mitgefängene und alle, die sie besuchen, aufgefordert, einschätzung, beobachtungen und beurteilungen von ihr abzuliefern, als material für die psychiatrische „gefährlichkeitsprognose“. was irmgard ablehnt, sollen nun die menschen tun, die ihr nahestehen und politisch verbunden sind.

wir hoffen, das lehnen alle ab!

es ist brotlos und an der wirklichkeit vorbei, auf diesem weg immer weiter mitzulaufen, sich an scheinfragen abzuarbeiten (wie dem vorgeschobenen „gutachterproblem“), von einer anhörung auf die nächste zu hoffen, denn auf dem sogenannten rechtlichen weg passiert schließlich immer nur eins: es wird die politische vorgabe vom Staat exekutiert, der herrschende politische wille.

und der ist eindeutig: wolfgang, birgits haftbedingungen und die anklage gegen sie, wo schon alles klar ist: jetzt soll die kontinuierität des bewaffneten angriffs in der brd bis 92 abgeurteilt werden, wieder endloser knast als abschreckung gegen neue aufbrüche; evas urteil; heidis prozesse und sämtliche kronzeugenprozesse, die den knast bis zum tod für uns auch noch hundertfünfzig prozent absichern sollen; über hundert neue politische gefangene in den knästen; pkk-verbot und verfolgung aller politisch aktiven kurdischen menschen; antifa-prozesse; razzien; halim dener, 18 jahre, wird beim plakatkleben von zivilbulln erschossen.

das ist die realität, nicht die neueste leimrute der bundesanwaltschaft, auf

die wieder alle gezogen werden sollen, wo sie wieder mit der justiz wirken, nachdem die gerade bei irmgard den hammer hat runterfallen lassen.

freiheit, eine reale freiheitsperspektive für uns gefangene kann nur am drehund angelpunkt ansetzen: am politischen willen. das heißt einen anderen politischen willen zu artikulieren und voranzubringen gegen die staatliche liquidierungsstrategie, sie zum einbrechen zu bringen.

wir sind damit, was wir seit 88 versucht haben, aufzubauen, gescheitert. aber trotzdem kann es auch weiterhin nur darum gehen, einen anderen politischen willen zu bilden und zu artikulieren, daß ist nach wie vor der punkt, um den es geht.

das wollen wir mit dem streik: die realität wieder in die diskussion holen, den scharfen blick auf das, was ist. unsere unveränderte gefangenensituation, trennung und vereinzelung bis aufs blut, nach 22 jahren in härtesten haftbedingungen soll irmgard weiter gefangen bleiben, das rechtsstaatsritual der prozesse, wo sie in faktischen todesurteilen geradezu baden, läuft weiter.

wir glauben nicht, daß wir druck auf die entscheidung in diesem lübecker verfahren ausüben können, aber wir fordern alle auf, dafür zu kämpfen, daß sie jetzt freikommt und sich nicht blenden zu lassen von diesem anhörungsverfahren, das nur ein vorwand ist. es ist klar, daß Irmgard ohne wenn und aber, ohne diesen ganzen verfahrens-schiff, wo sich jeder mensch an den kopf greifen muß, raus muß. irmgard hat immer nur aus politischen gründen gekämpft, nicht aus ihrer persönlichkeitsstruktur, die jetzt gegenstand der Begutachtung sein soll. es ist ausgeschlossen, daß das überhaupt die frage sein kann, und angesichts der langen Haft und ihrer angeschlagenen gesundheit totaler zynismus.

es ist notwendig, einen schritt zu machen, aufzuräumen mit dem denken, das sich in den letzten jahren etabliert hat, weg vom starren auf „angebote“, auf die Justiz, auf die ganze elende Tour, mit der der staat die schraube nur immer noch eine umdrehung weiter zuge dreht hat. irmgard muß raus! manuela happe, eva haule, rolf heissler, sieglinde hofmann, christian klar, hanna krabbe, christine kuby, irmgard möller, brigitte mohnhaupt, helmut pohl, heidi schulz, rolf clemens wagner. (Am 28.7. schloß sich Birgit Hogefeld dem Hungerstreik an.)

Letzte Meldung: Am 10.8. wurde beim GNN-Verlag Köln auf Betreiben des Generalbundesanwalts, der das Grundrecht auf Pressefreiheit nicht achtet, alle erreichbaren Exemplare des Buches BRD-RAF beschlagnahmt. Die seit sieben Jahren im Buchhandel verbreitete Dokumentation, das Standardwerk, für viele Texte einzige öffentliche Quelle, wecke den Verdacht der „Werbung“ (§ 129a). — (rül)

Gegen deutsche Waffenexporte

Menschenrechtsklausel im Rüstungsexportgesetz

Mitte Juli übergaben Vertreter von amnesty international Bundeswirtschaftsminister Rexrodt mehr als 40000 Postkarten, auf denen die Forderung nach einer Menschenrechtsklausel im Rüstungsexportgesetz erhoben wird. Eine solche Klausel würde die Rüstungsexporte in die Türkei sofort untersagen. Wir dokumentieren Auszüge der Presseerklärung von ai. — (rül)

Vertreter von amnesty international haben am heutigen Donnerstag Bundeswirtschaftsminister Günther Rexrodt mehr als 40000 Postkarten überreicht und so die Forderung nach einer Menschenrechtsklausel in den deutschen Rüstungsexportgesetzen erneuert. Die Menschenrechtsorganisation fordert ein gesetzliches Verbot von Rüstungstransfers, bei denen ein Beitrag zu Menschenrechtsverletzungen nicht ausgeschlossen werden kann, eine Veröffentlichungspflicht für geplante Rüstungstransfers, eine parlamentarische Kontrolle der Exportentscheidungen und eine gesetzliche Festlegung, daß die Bundesregierung auch nach der Lieferung die Verantwortung für die Verwendung der Rüstungsgüter trägt.

Die deutsche Sektion von amnesty international hatte bereits im Frühjahr 1991 dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann eine Petition für die Einführung einer solchen Klausel mit etwa 120000 Unterschriften überreicht. Weitere 20000 Unterschriften sandte ai im vergangenen Jahr anlässlich der UNO-Weltmenschenrechtskonferenz in Wien an Bundeskanzler Helmut Kohl. Ex-Minister Möllemann hatte 1991 in einem persönli-

chen Gespräch das Anliegen amnesty international befürwortet und versprochen, es zu prüfen. Dabei ist es jedoch geblieben. (...)

Ein wichtiges Empfängerland ist die Türkei, für die 1993 Rüstungsexportgenehmigungen von mehr als einer Milliarde DM erteilt wurden. Politische Morde, Folter und „Verschwindenlassen“ in der Türkei füllen immer neue Dokumentationen von amnesty international. In den Händen von türkischen Militärs und Polizisten finden sich Waffen aus deutschen Lieferungen oder mit Hilfe deutscher Produktionslizenzen hergestellte Rüstungsgüter. (...) Zahlreichen Berichten zufolge gehen türkische Sicherheitskräfte im Südosten des Landes mit Panzern und Gewehren aus Deutschland gegen die kurdische Minderheit vor. (...)

amnesty international fordert deshalb eine Menschenrechtsklausel für das Außenwirtschaftsgesetz und das Kriegswaffenkontrollgesetz. Die Klausel soll sicherstellen, daß der staatliche oder private Transfer von Waffen, Ausrüstung, Know-how und Ausbildung dann unterbleibt, wenn nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden kann, daß Rüstungsexporte zu Menschenrechtsverletzungen im Endverbleibland beitragen. Hierzu sei es unerlässlich, daß Rüstungstransfers vorab veröffentlicht und vorab vom Parlament beschlossen würden. (...) Die Organisation verlangt von der Europäischen Union, die seit 1991 von den zwölf Mitgliedstaaten festgelegten Kriterien für eine gemeinsame Rüstungsexportpolitik bei der Ausfuhr in Drittstaaten endlich in der Praxis durchzusetzen. (...)

(ai, Bonn, 14. 7. 94, aus: Comlir)

Materialien und Dokumente zur „Report“-Hetzsendung gegen PDS, GNN-Verlage und andere: Seite 14/15

Boom für Konzerne und „bessere“ Leute

„Aufschwung“ zumeist im Auslandsgeschäft, viele Reallöhne sollen weiter sinken

Wenn Anfang September das Statistische Bundesamt seine Produktionszahlen für April bis Juni veröffentlichen wird, wird die Bundesregierung sicher versuchen, diese für ihre „Aufschwung“-Propaganda zu nutzen. Aber schon jetzt steht fest: So werden die Zahlen nicht sein. Alle Wirtschaftsinstitute rechnen für das zweite Quartal mit einer im Durchschnitt eher stagnierenden Produktion.

Auch wenn der Tiefpunkt der „normalen“, d.h. der zyklischen Überproduktionskrise wohl vorbei ist, scheint der „Aufschwung“ nicht besonders stark zu sein. Vor allem auf dem Arbeitsmarkt ist für die große Mehrheit der Lohnabhängigen keine Entlastung in Sicht.

Im einzelnen: In der Bauwirtschaft ist zwar der Wohnungsbau (insbesondere im Osten) ansteigend, aber schon im nächsten Jahr wird hier mit einem Rückgang der Bautätigkeit gerechnet. Wirtschaftsbau, Straßenbau und andere öffentliche Bauten sind schon jetzt rückläufig. Damit kommt auch auf das Bauhandwerk, Möbel- und Installationsgeschäft ein eher wieder rückläufiges Geschäft zu.

Die Grundstoffindustrien (Bergbau, Energie, Eisen- und Stahl) melden Produktions- und Auftragszuwächse, vor allem im Energiebereich sowie bei Eisen- und Stahl (Bau, Autos usw.).

Die Chemie meldet weiter satte Geschäfte im Pharmabereich (CSU-Minister Seehofer hat für die Konzerne „gute Arbeit“ geleistet) und einen geringen Anstieg auch in anderen Produktionsbereichen. Die Entlassungen (bis Mai wurden gegenüber dem Vorjahr ca. 28000 Personen entlassen) werden aber weitergehen. Die drei IG-Farben-Nachfolger setzen zudem ihren Kurs der Senkung des Lohnstandards in den Inlandswerken und der Verlegung von Produktionen ins Ausland weiter fort.

Die Automobilindustrie meldet Produktions- und Absatzanstieg, bei genauerem Hinsehen aber zumeist im Export bzw. im Inland nur bei Fahrzeugen der „gehobenen Preisklasse“. Der „Boom“ erschöpft sich hier im Inland weitgehend in Verkaufs- und Produktionsanstiegen für die 190er-Reihe von Daimler-Benz und die Passat-Serie bei VW. Zugleich heißt es von den Konzernen, man sei mit den Rationalisierungsprogrammen erst auf halber Strecke. Auch hier werden also Lohnsenkung, Produktionsverlagerung ins Ausland und Intensivierung der Arbeit rabiat weitergehen.

Als sicherstes Anzeichen für das Ende der zyklischen Krise wird allgemein der Anstieg im Maschinenbau angenommen, wenngleich auch hier das Produktionsniveau von 1992 noch lange nicht erreicht ist.

Die sogenannten „verbrauchernahen“ Branchen dagegen müssen ihre Produktion immer noch einschränken. Der Einzelhandelsumsatz ging im ersten Halbjahr weiter zurück, hier erwartet man auch in der nächsten Zeit keine Änderung. Im Gegenteil: Durch den sogenannten „Solidaritätszuschlag“ und weitere Versicherungsabgaben wird auch im nächsten Jahr mit einem rückläufigen Verbrauch gerechnet — selbst wenn in den höheren Einkommenszonen die Einkünfte aus Ver-

mögen (Dividenden, Staatspapiere u.ä.) offensichtlich wieder steil ansteigen.

„Aufschwung durch Export“ ist also — wieder einmal — die Devise der Konzerne und der Regierung. Im Exportangriff auf die Märkte der anderen EU-Staaten, vor allem aber durch Ausbau der Geschäfte in Osteuropa sehen die BRD-Konzerne Chancen für weitere fette Geschäfte. Fernmeldenetze bis ins Baltikum, Kraftwerksgeschäfte in der Ukraine, Verkehrswege nach Polen, Tschechien und Ungarn, Bergbaugeschäfte bis Sibirien, vor allem aber neue Industrieanlagen mit billigsten Löhnen für Handarbeit in Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei und Baltikum locken die Konzerne.

Hier verspricht man sich in Zukunft die Profite, von denen in der BRD die gehobenen Gehaltszonen in den Konzernverwaltungen und das Klientel dieser Regierung in den mittleren und gehobenen Einkommensbereichen im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft bedient werden soll — nicht viel, aber ausreichend, um diese Kreise diensteifrig und bei Laune, sprich: als Gefolgschaft der Konzerne und der konservativen Regierung politisch und ideologisch tätig zu behalten.

Für die gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD bedeutet ein solcher „Aufschwung“: Die soziale Zerklüftung wird weiter zunehmen, die schon in den vergangenen Jahren schwungvolle Herausbildung einer Zone brutaler Armut, (mangelhafte Nahrung, Wohnungslosigkeit, Siechtum usw.) wird weitergehen. „Dienstleistungen“ wie Kindermädchen, Hausdiener, Putzfrau werden weiter zunehmen, längst überwunden geglaubte „Dienste“ wie Milch- und Brötchen-Austräger, Autoputzer usw. leben wieder auf.

Für die Masse der gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen bedeutet der „Aufschwung“ damit auf absehbare Zeit keine Entlastung der Lage. Im Gegenteil: Der Druck der Konzerne, die ihre Geschäfte im Osten mit Regierungshilfe machen („Hermes“ zahlt schon, und wenn Hermes Verluste macht, zahlt Waigel), wird weiter zunehmen, und das Angebot von Arbeitskräften, die wegen zunehmender Notlage kaum noch Widerstand gegen die Zumutungen der Kapitalisten entwickeln, wird weiter steigen. Bei einem Fortgang der derzeitigen Wirtschaftspolitik rechnet kein einziges Wirtschaftsinstitut bis zum Jahr 2000 mit einem Rückgang der offiziellen Arbeitslosigkeit unter 3 Millionen Arbeitslose.

Öffentliche Programme gegen die zunehmende Armut müßten also her. Finanzieren ließen sie sich auch. Eine Arbeitsgruppe der SPD-Fraktion veröffentlichte beispielsweise erst vor wenigen Tagen (unter anderem im *Handelsblatt*, 4.8.94), daß Erbschafts- und Schenkungssteuern in der BRD 1992 nur 0,25 Prozent zum Steueraufkommen beitrugen. Zum Vergleich: In Großbritannien trugen diese Steuern immerhin 0,57 Prozent zum Steueraufkommen bei, in den USA 1,01 Prozent, in Frankreich 1,63 Prozent und in Japan sogar 1,84 Prozent. Eine Anhebung der Steuern auf Vermögen und Erbschaften ist also selbst im Vergleich zu anderen imperialistischen Staaten ohne weiteres „machbar“. — (rül)

AKTUELL IN BONN

Bundesrat: Kohls „große Koalition“

Die *Frankfurter Allgemeine* macht sich Sorge um die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat. Unter der Überschrift „Wenn Magdeburg Schule macht“ befürchtet FAZ-Herausgeber Friedrich Karl Fromme in der Ausgabe vom 4.8., die CDU könne auch in Thüringen und Mecklenburg bei den kommenden Landtagswahlen die Mehrheit verlieren. Dann stünde Kohl selbst bei einem Sieg in der Bundestagswahl vor dem Problem einer Zweidrittelmehrheit gegen ihn im Bundesrat. „Einsprüche des Bundesrats gegen die Gesetze, die seiner Zustimmung nicht bedürfen, wären dann nur mit Zweidrittelmehrheit des Bundestages zurückzuweisen.“

Streit um „Jäger 90“

Verteidigungsminister Rühle kommt mit seinem großen Rüstungsprojekt „Jäger 90“ weiter unter Druck. Der Bundesrechnungshof hatte in einem vertraulichen Bericht darauf hingewiesen, daß der angebliche „billigere“ „Eurofighter 2000“, wie der Jäger 90 neuerdings heißt, nicht 90 Mio. DM pro Stück, wie von Rühle behauptet, sondern 150 Mio. DM, wenn nicht mehr, kosten werde. Für den „Jäger 90“ waren zuletzt Preise von 135 Mio. DM je Stück genannt worden. Der angeblich „billigere“ Eurofighter wird also in Wirklichkeit noch einmal teurer. Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Matthäus-Maier hat die Bundesregierung darauf erneut zum sofortigen Stopp des Projekts aufgefordert. Im Bundesetat werde es wegen der höheren Preise zu einer „Haushaltslücke“ von 2 Mrd. DM kommen, bei der späteren Beschaffung sogar von 10 Mrd. DM.

FIS-Sprecher in der BRD

Die Bundesregierung ist unter Druck durch die französische Regierung geraten, weil sich der Auslandssprecher der algerischen „Islamischen Heilsfront“ (FIS), Kebir, in der BRD aufhält und von hier aus Pressearbeit für die FIS betreibt. Der französische Innenminister Pasqua hatte nach dem letzten Anschlag auf französische Einrichtungen in Algerien sowohl die USA wie die BRD kritisiert, „damit die FIS-Führer, die dort leben, unschädlich gemacht werden“. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Hans Stercken (CDU), forderte daraufhin die Ausweisung von Kebir. Andere „algerische Extremisten“ müßten unter Hausarrest gestellt werden. In der französischen Presse war schon vor einiger Zeit gemutmaßt worden, die Bundesregierung, die über den BND enge Beziehungen mit islamischen Fundamentalisten pflegt, wolle womöglich durch Kontakte zur FIS den französischen Einfluß in Algerien schwächen. (wir berichteten)

Private Bahn: Thyssen greift zu

Der Thyssen-Konzern hat die Privatisierung und den damit verbundenen, mit Steuern finanzierten enormen Schuldenabbau der Bahn genutzt, um sich als erster großer Konzern bei der Bahn einzukaufen. Das gesamte Stückgut-Geschäft der Bahn wird demnächst von einer gemeinsamen Tochterfirma von Bahn und Thyssen Haniel Logistic GmbH betrieben, an der beide Firmen 50% der Anteile halten. Damit entstehe eines der führenden Stückgutunternehmen in Europa mit einem Transportvolumen von 4,75 Mio. Tonnen und einem Umsatz von

ca. 2 Mrd. DM, heißt es in einer Mitteilung beider Firmen. Das neue Unternehmen wird das gesamte Bahnnetz billig nutzen können, der Firmensitz — Duisburg — dokumentiert, wer bei der „gemeinsamen Tochter“ in Wirklichkeit das Sagen hat und auch die Profite kassieren will.

IG Medien-Klage gg. Auslandsfunk

Die IG Medien will gegen ein kürzlich vom Bundestag verabschiedetes Gesetz über den Auslandsrundfunk (Deutsche Welle) vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. Das Gesetz, mit dem sich die Bundesregierung einen modernen „Regierungsrundfunk“ aufbauen will, mißachte die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, so die IG Medien. Diese schreibe u.a. die Programmhoheit und Staatsunabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten vor, zu denen auch die „Deutsche Welle“ gehöre.

Streit um „Einheitswerte“

Bei der Besteuerung von Grundeigentum bahnt sich eine weitgehende Änderung an: Die sogenannten „Einheitswerte“, nach denen bisher das Grundeigentum besteuert wird, werden vermutlich in der ersten Jahreshälfte 1995 durch Urteil des Verfassungsgerichts aufgehoben werden, weil sie den tatsächlichen Wert der Grundstücke weit untertreiben. Stattdessen dürften die tatsächlichen „Verkehrswerte“ der Grundstücke Grundlage der Besteuerung sein. Würden die derzeitigen Steuersätze auf die neuen Grundstückswerte angerechnet, so wäre die Folge eine starke Anhebung der Grundsteuer, der Vermögens-, Schenkungs- und Erbschaftsteuer. Sowohl SPD wie CDU/CSU haben bereits angekündigt, in diesem Fall die Steuersätze und Freibeträge im Prinzip so ändern zu wollen, daß die Gesamtsteuerlast so hoch wie bisher bleibt. Konkret aber kann sich dennoch allerhand ändern, z.B. bei Grundsteuern für Miethäusern, Eigenheimen, landwirtschaftlichen Grundstücken. Die Immobilienpartei FDP macht schon Stimmung: Die SPD wolle alten Leuten ihr Eigenheim und den Bauern ihr Land wegsteuern, verbreitet Graf Lambsdorff, und will in Wirklichkeit die großen Immobilienspekulanten weiter schonen.

Umschulung aus Steuern?

Die Bundesregierung will den Etat der Bundesanstalt für Arbeit weiter begrenzen und die Kapitalisten so von weiteren Beitragslasten befreien. Noch bevor die Beratungen über den von Waigel vorgelegten Bundeshaushalt 1995 (in dem u.a. eine Befristung der Arbeitslosenhilfe auf 2 Jahre gefordert wird) überhaupt begonnen haben, hat Arbeitsminister Blum bereits nachgelegt: Auch Umschulungen müßten künftig aus Steuermitteln bezahlt werden. Damit könne die Bundesanstalt in den nächsten vier Jahren 15 Mrd. DM „sparen“, der Beitrag um 1 Prozentpunkt gesenkt werden. Da die Kapitalisten zwar die Hälfte der Arbeitslosenbeiträge, keineswegs aber die Hälfte der Steuern zahlen, ist klar, wer hier „entlastet“ werden soll.

Was kommt demnächst?

Anfang September beginnen Bundestag und Bundesrat wieder ihre Sitzungen. Am 11. September sind Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen, am 25. September in Bayern.

Die Psychiatrie wird zu politischen Zwecken mißbraucht

Grausame Erpressung der Gefangenen aus der RAF zu dem Zweck der Fälschung der Geschichte der BRD

Seit zweiundzwanzig Jahren und einem Monat ist Irmgard Möller, Gefangene aus der RAF, jetzt in Haft, viele lange Jahre in Isolation. Seit über eineinhalb Jahren schleppt sich das Verfahren, in dem über ihre bedingte Freilassung entschieden wird, hin. Am 22. Juni 94 war der Anhörungstermin (wir berichteten). Die Strafvollstreckungskammer Lübeck weigert sich, Irmgard Möller ohne psychiatrisches Gutachten freizulassen. Der beauftragte Gutachter weigert sich, das Gutachten ohne psychiatrische Untersuchung durch persönliche Exploration anzufertigen. Die für das Verfahren formell zuständige Heidelberger Staatsanwaltschaft (hinter der sich die Bundesanwaltschaft nur schlecht verbirgt) weigert sich bereits im voraus zuzustimmen, sollte Irmgard Möller dennoch freigelassen werden; sie drohte für den Fall Beschwerde an. Damit wird die Freilassung in unerträglicher Weise um womöglich weitere Jahre hinausgezögert.

Die Argumente, mit denen die Gefangenen die Zumutung der psychiatrischen Exploration zurückweisen, sind politisch bedeutsam und verdienen die volle Unterstützung.

Bereits vor eineinhalb Jahren hatte das Oberlandesgericht Düsseldorf die Freilassung von Karl-Heinz Dellwo, Lutz Tauber und Hanna Krabbe, alle Gefangene aus der RAF und inzwischen über 19 Jahre inhaftiert, verhindert, weil sie nicht bereit waren, an dem psychiatrischen Gutachten, auf dem das OLG willkürlich bestand, „mitzuwirken“ (die Gefangenen hatten sich mit einem kriminologischen bzw. sozialwissenschaftlichen Gutachten einverstanden erklärt). Der Bundesgerichtshof lehnte die Beschwerde der Gefangenen im April 1993 ab. Wir dokumentieren nebenstehend in kurzem Auszug die Begründung, die in der Sprache und in der Sache an die unheilvollsten Traditionen der deutschen Justiz anknüpft.

Der Bundesgerichtshof stellt die politischen Gefangenen vor die Alternati-

ve, sich einem psychiatrischen Gutachten zu unterwerfen oder hoffnungslos auf immer begraben zu werden. Ihn beschäftigt nicht einen Augenblick die Frage, ob die Gefangenen nach ihrer Freilassung etwa den bewaffneten Kampf fortsetzen wollen. Wie auch sollte den BGH diese Frage beschäftigen, deren Antwort er längst kennt, weil die verantwortlichen Behörden seit Jahr und Tag jede Lebensäußerung der Gefangenen überwachen und kontrollieren und nicht nur die fortschreitende Zerrüttung ihrer Gesundheit peinlichst genau registrieren, sondern jedes mündliche und schriftliche Wort erfassen, das die Gefangenen äußern? Nein, es geht dem BGH nicht um die Vergeßlichkeit, ob die Gefangenen nach ihrer Freilassung den bewaffneten Kampf wiederaufnehmen. Er will etwas anderes. Er macht für die Freilassung der langjährig eingekerkerten zur Bedingung — ihre öffentliche Hinrichtung als Vernunftwesen, als Menschen, die ihre Handlungen aus politischen Zielen und Motiven begründet haben. Von den politischen Zielen, den Überzeugungen und Überlegungen soll nichts bleiben, soll nichts als rational anerkannt werden. Sie sollen als Ausdruck von „Persönlichkeitsverformung“, als abartig, krankhaft, ja verseucht abgestempelt werden. Dazu muß das psychiatrische Gutachten erzwungen, dazu muß die „Mitwirkung“ der Gefangenen erpreßt werden.

Der Beschluß des Bundesgerichtshofes zeigt die Repräsentanten der bestehenden Gesellschaftsform, glaubhaft ist und, falls dies zu bejahen ist, ob der Einstellungswandel nur im Hinblick auf die gegenwärtige, den politischen Zielen der Verurteilten ungünstige allgemeine Lage oder auf Dauer und unabhängig von der weiteren politischen Entwicklung in der Bundesrepublik besteht. Zu prüfen ist auch, ob die zahlreichen und ausgedehnten Hungerstreiks dystrophisch bedingte Hirnschädigungen verursacht haben, die im Zusammenwirken mit den von der Verurteilten in der Antragsschrift behaupteten haftbedingten sensorischen Deprivationen zu geringer Frustrationstoleranz, Stimmungsinstabilität, Suggestibilität, Einschränkung der Realitätswahrnehmung und -verarbeitung oder anderen psychischen Auffälligkeiten geführt haben, welche unter bestimmten Voraussetzungen einen erneuten Anschluß der Verurteilten an politisch motivierte Gewalttäter begünstigen könnten.“ (BGH, 7. 4. 93, Az. 1StE 1/75, StB 6/93)

bei der Auseinandersetzung zwischen der RAF und der BRD um einen politischen Kampf gehandelt hat, in dem beide Seiten gekämpft haben.

In der Darstellung des BGH-Beschlusses erscheint der Kampf der BRD-Staatsmacht als Eingriff an Kranken, Unverständigen, an Menschen eben, die aus der „Normalität“ gefallen sind und die Selbstkontrolle verloren haben, als Eingriff aus quasi ärztlicher Verantwortung (Aufhebung einer „Persönlichkeitsverformung“). Der Kampf der RAF dagegen erscheint als unmotiviertes und unkontrolliertes Toben. So ist es nicht gewesen, aber so soll es umgeschrieben werden, so soll es ein für alle Mal gewesen sein.

Allerdings hat es die Staatsmacht nötig, ihre Spuren zu verwischen. Nicht nur, daß sie es war, und keineswegs die RAF, die die Gewalt zur Verfolgung politischer Ziele in das politische Leben der BRD eingeführt hat. Die Entstehungsgeschichte der RAF ist untrennbar verbunden mit Gewalttaten des westdeutschen Imperialismus, mit seinem gegen die Länder der Dritten Welt gerichteten Bündnis mit den USA, mit seiner massiven wirtschaftlichen, politischen und logistischen Unterstützung für den Aggressionskrieg gegen Vietnam, ja dem Bestreben, aktiv in den Krieg einzutreten. Die Erinnerung daran will man auslöschen, vor allem aber die Erinnerung an die nahezu beispiellose Entfesselung des Staatsapparates in der Bekämpfung der RAF: an die Maschinenpistolen an jeder Straßenecke, die totale Fahndung, die Tötung von Menschen ohne jede Notwehr, die Jagd auf vermutete oder wirkliche Sympathisanten, die Sondergesetze, die außerrechtlichen Handlungen, die mit wissenschaftlicher Genauigkeit exekutierten grausame Behandlung der Gefangenen und nicht zuletzt die unter staatlicher Verfügungsgewalt in den Gefängnissen ums Leben Gekommenen.

Die Gefangenen aus der RAF sind lebende Zeugen dieser Seite der BRD-Nachkriegsgeschichte. Als Gefangene, die ihre politische Geschichte und ihre politischen Überzeugungen verteidigen, sind sie Zeugen für eine Entgleisung des Staatsapparates, die er aus der öffentlichen Erinnerung, im Innern wie international, streichen will. Dieser düstere Schatten aus allerjüngster Vergangenheit erschwert die Bestrebungen des neuen Großdeutschlands, das bei der Neuordnung der Welt an führender Stelle mitzureden sich anschickt, sich als Friedensbewahrer, Friedensstifter und Friedensschaffer par excellence zu etablieren. Der Schatten soll beseitigt, die Geschichte umgeschrieben werden, indem man die, die davon Zeugnis geben, als pathologische Fälle ausgrenzt.

Die Gefangenen aus der RAF leisten, indem sie sich als politische Menschen behaupten, einen großen Beitrag gegen die Fälschung der Geschichte. Sie zahlen dafür einen unerträglich hohen Preis. Es wird dringlich, daß die politische Öffentlichkeit das menschenfeindliche Treiben von Politik und Justiz nicht länger zuläßt. Von den Berufsverbänden der Ärzte und Psychiater muß erwartet werden, daß sie den Mißbrauch der Psychiatrie zu politischen Zwecken nicht dulden. — (scc)

Herzog: Ein Staatsmann packt sein Amt an

Der entscheidende Grundgesetzkomentar heißt nach seinen Verfassern Maunz, Dürig, Herzog. Die Direktion des Werkes hatte Maunz, Sekretär des Teams war Herzog, der Maunz auch von 1958 bis 1964 als wissenschaftlicher Assistent diente. Später ging Herzog in die Politik. 1978 trat er als Minister in das 4. Kabinett Filbinger ein.

Von Filbinger war bekannt, daß er für Todesurteile von Standgerichten noch in den letzten Kriegstagen als Richter verantwortlich war. Maunz hat sich posthum als Rechtsbeistand von Dr. G. Frey, DVU, Nationalzeitung, enthüllt. Menschen, mit denen man lang zusammenarbeitet, verdankt man etwas.

Am 6. 8. 94 zitiert die *Augsburger Allgemeine Zeitung*:

„Sie dürfen nicht besser behandelt werden, sie dürfen auch nicht schlechter behandelt werden, auch nicht in Begnadigungsfragen.“ (Bundespräsident Herzog über RAF-Gefangene).

Die Gefangenen aus der RAF wurden aber von Anfang an einer Sonderbehandlung unterzogen. Es wurden sogar Sondergesetze verabschiedet und ein besonderes, grausames Haftstatut ausgetüftelt. Herzog sagt aber nicht: Sie dürfen nicht mehr schlechter behandelt werden, sondern legitimiert vor allem die bisherige Praxis.

Szenenwechsel. Herzog bemüht sich in Polen um „Versöhnung und Verständigung, Vertrauen und gute Nachbarschaft.“ Er sagt bei der Gedenkfeier zum Warschauer Aufstand:

„Es erfüllt uns Deutsche mit Scham, daß der Name unseres Landes und Volkes auf ewig mit dem Schmerz und dem Leid verknüpft sein wird, die Polen millionenfach zugefügt wurden.“

Und abschließend:

„Heute aber verneige ich mich vor den Kämpfern des Warschauer Aufstandes wie vor allen polnischen Opfern des Krieges. Ich bitte um Vergebung für das, was ihnen von Deutschen angetan worden ist.“

Herzog, der seine Worte wahrscheinlich schon genau ausgewählt, redet von „Deutschen“ und von „Land und Volk“. Der Staat wird übersprungen. Der 2. Weltkrieg war jedoch in all seinen wesentlichen Erscheinungen Werk des deutschen Staates, seiner Wehrmacht, seiner Verwaltungen, seines anerkannten Führers, seiner Beamten, Richter, Henker.

Nach der Verfassung ist Herzog Staatspräsident, für den Staat hätte er zu sprechen, zu dessen wesentlichen Untaten sich zu äußern. Herzog aber nimmt bei der traurigen Gelegenheit des Gedenkens an die Opfer die hauptsächlich Tätergruppe aus der Kritik.

Reichspräsident Hindenburg beauftragte Hitler mit der Regierungsbildung. Wem wohl würde Bundespräsident Herzog in der Stunde der Not von Volk und Heimat den Auftrag erteilen, eine Regierung zu bilden? Welche Gesetze wird er gegenzeichnen?

Hoffentlich finden sich keine Gelegenheiten und vielleicht überrascht uns Herzog dadurch, daß er sich irgendwann aus dem geistigen Einfluß der verstockten, heuchelnden, verbissen leugnenden Faschisten löst, von denen er sich zum Staatsmann bilden ließ. — (maf)

„Die Auffassung der Verurteilten, eine Untersuchung durch einen Psychiater verletze ihre Würde als politisch handelnder Mensch, ist abwegig. Der Gutachter soll feststellen, ob die bei Begehung der Morte vorhandene Persönlichkeitsstruktur der Verurteilten während und infolge des langjährigen Freiheitsentzuges eine für die Sozialprognose erhebliche Veränderung erfahren hat. (...) (Die von der Verurteilten begangenen Tötungsverbrechen beruhen auf einer besonders niedrigen Gesinnung ... alle haben sich durch ihre Erklärungen in der Hauptverhandlung als fanatisch entschlossene Täterpersönlichkeiten erwiesen und eine extreme Rechtsfeindschaft offenbart! ...) Es bedarf ... einer sorgfältigen Prüfung im Aussetzungsverfahren, ob die in den abgeurteilten Taten zutage getretene Persönlichkeitsverformung noch, ggf. in abgeschwächter Form, fortbesteht und der ... behauptete Einstellungswandel zu dem Lebensrecht anderer Personen, insbesondere von Repräsentan-

ten der bestehenden Gesellschaftsform, glaubhaft ist und, falls dies zu bejahen ist, ob der Einstellungswandel nur im Hinblick auf die gegenwärtige, den politischen Zielen der Verurteilten ungünstige allgemeine Lage oder auf Dauer und unabhängig von der weiteren politischen Entwicklung in der Bundesrepublik besteht. Zu prüfen ist auch, ob die zahlreichen und ausgedehnten Hungerstreiks dystrophisch bedingte Hirnschädigungen verursacht haben, die im Zusammenwirken mit den von der Verurteilten in der Antragsschrift behaupteten haftbedingten sensorischen Deprivationen zu geringer Frustrationstoleranz, Stimmungsinstabilität, Suggestibilität, Einschränkung der Realitätswahrnehmung und -verarbeitung oder anderen psychischen Auffälligkeiten geführt haben, welche unter bestimmten Voraussetzungen einen erneuten Anschluß der Verurteilten an politisch motivierte Gewalttäter begünstigen könnten.“ (BGH, 7. 4. 93, Az. 1StE 1/75, StB 6/93)

Anklage gegen das Selbstbestimmungsrecht

Marcel Bossonet über den Prozeßbeginn gegen sechs DEP-Abgeordnete in Ankara

Vor dem Staatssicherheitsgericht (DGM) in Ankara begann am 3. August 1994 der Prozeß gegen sechs ehemalige Abgeordnete der Demokrasi Partisi (DEP). Gegen die Angeklagten wird von der Staatsanwaltschaft wegen Verstoß gegen das Separatismusverbot die Todesstrafe beantragt.

Die Immunität dieser Abgeordneten wurde am 2. März 1994 durch das Parlament aufgehoben und unmittelbar danach wurden die beiden Abgeordneten Orhan Dogan und Hatip Dicle verhaftet. Mahmut Alink, welcher die DEP verließ, wurde ein unabhängiger Abgeordneter, seine Immunität wurde jedoch gleichzeitig mit derjenigen seiner früheren Parteikollegen aufgehoben. Nur zwei Tage später erfolgte dann die Verhaftung von Sirri Sakik, Ahmet Türk, Leyla Zana und Mahmut Alinak. Das Staatssicherheitsgericht verfügte dann am 17. März 1994 die Fortdauer der Untersuchungshaft. Bis zu diesem Zeitpunkt war den Angeklagten jeglicher Kontakt zu den Anwälten verboten. Das Verfassungsgericht der türkischen Republik verbot am 16. Juni 1994 die DEP, womit alle 17 DEP-Abgeordneten die Mitgliedschaft im Parlament verloren. Das Verbot der DEP gründet einzig auf zwei Reden des DEP-Vorsitzenden Yasar Kaya, die dieser 1993 im Ausland hielt. Ihm wurde der Vorwurf gemacht, daß er u.a. in einer Rede sich auf frühere Kurdenführer wie z.B. Sheik Saic, Kemal Pir berief, die für die Freiheit des kurdischen Volkes kämpften. Bereits in jenem Prozeß vor dem Verfassungsgericht wurde der DEP vom obersten Staatsanwalt vorgeworfen, die Partei würde durch diese Reden die Türkei wegen der Erwähnung der Kurden spalten, „einzig die Griechen, Armenier, Juden und Bulgaren sind Minoritäten.“ (No: 1993/155 2.12.1993).

Nach der Verhaftung wurden Orhan

Dogan und Hatip Dicle durch die Polizei im Sicherheitsgefängnis von Ankara mißhandelt. Die beiden früheren Parlamentsabgeordneten mußten sich in der Polizeiabteilung für Terrorismus nackt ausziehen und wurden anschließend in Spezialzellen von Polizeibeamten bedroht und beleidigt. Angesichts der systematischen Folter, die bei Inhaftierten angewandt wird, die nicht auf die internationale Aufmerksamkeit zählen können, möchten die Angeklagten dieser Mißhandlung jedoch nicht großes Gewicht beilegen.

Am 3. August glich Ankara bereits mehrere Kilometer vor dem Gerichtsgebäude einer Stadt im Kriegszustand. An den Straßenecken standen schwerbewaffnete Polizeibeamte und Militärs. Auf den Gehsteigen waren Polizeifahrzeuge mit Blaulicht abgestellt. Der Verkehr brach an jenem Morgen völlig zusammen. Der große Gebäudekomplex, in dem auch das Staatssicherheitsgericht untergebracht ist, wurde von einem dichten Polizeikordon umringt. Die Polizeibeamten standen Schulter an Schulter. Bei Einfahrten wurden die Reihen verdoppelt und seitwärts eine zusätzliche Doppel-Reihe von Beamten aufgestellt. Ebenfalls auf dem Bahndamm, welcher unmittelbar neben dem Gebäudekomplex verläuft, waren unzählige Polizeibeamte mit umgehängten Gewehren postiert. Zahlreiche Hunde wurden in den hinteren Reihen gehalten. In mehreren Bussen hielten sich noch Reservetruppen auf. Bei dem Eingang zum Gerichtsgebäude stand ein Panzerfahrzeug. Als kurz nach 9.00 Uhr die sechs Angeklagten in Polizeifahrzeugen vorgefahren wurden, versuchten einige besonders wagemutige Fotografen, von ihnen ein Bild zu knipsen. Sofort wurden den Fotografen die Kameras aus den Händen gerissen und die Filme durch eine „Spezial-Truppe“ beschlagnahmt.

Zu Beginn wurden die ausländischen Prozeßbeobachter, darunter zahlreiche Parlamentarier und Vertreter von Menschenrechtsorganisationen und ausländischen Botschaften, ausgesperrt. Erst nach langwierigen Verhandlungen mit Beamten vom Sicherheitsdienst wurde den meisten Ausländern und Ausländerinnen der Zugang ins Gerichtsgebäude gestattet. Nachträglich wurde bekannt, daß die Staatsanwaltschaft vor Prozeßbeginn beantragt hatte, daß Publikum und die Presse vom Prozeß auszuschließen. Die Richter konnten die Staatsanwälte offensichtlich davon überzeugen, daß ein Geheimprozeß im Ausland zusätzliche negative Reaktionen auslösen würde. Zahlreichen Angehörigen der Angeklagten wurde der Zugang zum Gerichtsgebäude verwehrt. Ebenso wurde einem Anwalt der Angeklagten verweigert, die Polizeisperre zu durchqueren. Mit Ausnahme von Sigg Martsch, Abgeordneter der Grünen in Nordrhein-Westfalen, konnten die ausländischen Beobachter in der Folge ohne größere Schikanen die zahlreichen Polizeikontrollen auf dem Wege zum Gerichtssaal passieren. Sigg Martsch wurde der Zugang verwehrt, weil er am Vortag anlässlich einer Pressekonferenz die Haftentlassung der Angeklagten gefordert und dieses Strafverfahren als ein Indiz für die fehlende Demokratie in der Türkei bezeichnet hatte. Die Anwälte der Angeklagten wurden vor dem Betreten des Saales äußerst penibel durchsucht. Mehr als 300 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte verteidigen die sechs Angeklagten. Es wird damit gerechnet, daß in einem späteren Verfahrensstadium diese Zahl auf über das Doppelte ansteigen wird.

Zu Beginn der Verhandlungen protestierten die Anwälte gegen ihre schikanöse Kontrolle und den Ausschluß ihres Kollegen. Der Gerichtspräsident Muammer Unay wollte jedoch darin

nichts Unkorrektes erkennen. Anschließend beantragte Rechtsanwalt Feridun Yazar die Rückweisung der Anklageschrift, diese sei eine rein politisch begründete Anklage. Die Staatsanwaltschaft, die auch den entlastenden Gesichtspunkten Rechnung tragen müßte, sei ihren gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachgekommen. „Nicht ein einziges Wort“ in dieser 452 Seiten umfassenden Anklageschrift spreche zu Gunsten der Angeklagten. Es könne nicht Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden sein, lediglich belastende Fakten anzuhäufen. Sollten zudem tatsächlich Strafnormen verletzt worden sein, so könnte dies nicht den einzelnen Abgeordneten, sondern allenfalls ihrer Partei angelastet werden. Der Antrag wurde abgelehnt und zwei Staatsanwälte begannen mit der Verlesung der Anklageschrift, die vom Oberstaatsanwalt Nusret Demiral und den Staatsanwälten Talak Saik, Ülkü Coskun, Tefik Hancilar, Kemal Ayhan, Nuh Mete Yüksel, Ali Riza Konuralp und Dilaver Kahlevi verfaßt worden war. Die Anwälte der Angeklagten hatten bei Prozeßbeginn noch keine Akteneinsicht.

Während die sechs Angeklagten vor den Richtern und Staatsanwälten plazierte wurden, befanden sich seitwärts von ihnen rund 50 Rechtsanwälte. Die restlichen Rechtsvertreter mußten im Zuschauerabteil Platz nehmen. Zwischen den Zuschauern und den Angeklagten standen während der ganzen Verhandlung über 20 Mitglieder eines Spezialpolizeiteams und verunmöglichten jeden Sichtkontakt zu den Angeklagten. Zwischen den Angeklagten und den Richtern standen zudem weitere Polizisten mit Blick zu den Angeklagten, den Anwälten und den Zuschauern.

Inzwischen versammelten sich außerhalb des Gerichtsgebäudes ca. 800 Sympathisanten und Sympathisantinnen der Angeklagten. Mit Parolen und Hän-

BRD: Weiter Repression gegen kurdische Vereine

Razzia in Berlin, 3 Jahre Haft in Augsburg

Die Verfolgungswut der staatlichen Sicherheitsorgane gegenüber kurdischen Vereinen scheint durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, das die Verbote von 21 Vereinen außer Vollzug setzte, keineswegs gedämpft. Im Gegenteil: Es scheint, als suchten die Sicherheitsapparate die Scharte auszuwetzen. Der Versuch von Kohl, Kanther und Kinkel, mit breitflächigen Vereinsverböten die Kurdinnen und Kurden zu unkontrollierten Gegenreaktionen zu provozieren, um damit die Vereinsverbote nachträglich rechtfertigen zu können, ist an der disziplinierten und organisierten Gegenwehr der kurdischen Bevölkerung gescheitert. Aber die Übergriffe gegen ihre Vereine gehen uneingeschränkt weiter.

261 Kurdinnen und Kurden sollen nach Angaben der Vorsitzenden des Menschenrechtsvereins von Istanbul, Zeynep Baran, in den Monaten Mai bis Juli in der BRD festgenommen worden

sein, eine Person, der 16-jährige Kurde Halim Dener, wurde getötet. Die Geiselnahme der gesamten kurdischen Bevölkerungsgruppe in der BRD für außenpolitische Interessen der BRD, für die Freundschaft deutscher Unternehmen, Militärs und der Bundesregierung mit dem türkischen Regime, geht immer noch weiter.

Anfang Juli berichteten kurdische Vereine von einem Hungerstreik von 26 kurdischen Gefangenen in den Gefängnissen in Augsburg, München-Stadelheim und Heimsheim, mit dem sie gegen das Urteil eines Augsburger Gerichts, das einen 36-jährigen Kurden zu 3 Jahren Haft verurteilt hatte, und gegen die Abschiebungen von Kurdinnen und Kurden in die Türkei protestierten. Inzwischen soll dieser Hungerstreik beendet sein. Wieviele Kurdinnen und Kurden von Abschiebung bedroht sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir dokumentieren Berichte aus Berlin, wo

Polizei und Bundesgrenzschutz das kurdische Zentrum überfielen, und über den Prozeß in Augsburg. — (rül)

BERLIN

Polizeiüberfall auf Kurdisches Zentrum

Mit brutaler Gewalt hat die Polizei am 27. Juli das Kurdische Zentrum in der Zossener Straße 41 in Berlin-Kreuzberg überfallen. Türen wurden zerstört, Akten, Namenslisten usw. beschlagnahmt. Der Vorwand: Man suche nach zwei straffälligen Kurden (die gar nicht Mitglieder der durchsuchten Vereine sind) und einem „geraubten“ Reisepaß. Die stellvertretende Bürgermeisterin von Kreuzberg, Mitglied der Grünen, hat den Vereinen ihre Unterstützung zugesagt. Der Versuch, durch diesen Überfall die Kurdinnen und Kurden einzuschüchtern, ist mißlungen: Bereits drei Tage nach dem Überfall nutzten erneut hunderte von kurdischen Familien die Räume ihres Zentrums für ein großes Fest. — (rül)

Erklärung des Kurdistan- Informationszentrums Berlin

Ein beispielloser Fall der fortgesetzten

Diskriminierung und Diffamierung der kurdischen Bevölkerung in Deutschland ereignete sich am Mittwoch, dem 27. Juli 1994 in Berlin-Kreuzberg. Unter dem Vorwand, zwei straffällige Kurden und einen von diesen angeblich „geraubten“ Reisepaß zu suchen, drangen Beamte der Berliner Polizei in alle Räume des Deutsch-Kurdischen Kulturzentrums Berlin in der Zossener Straße 41 ein, darüber hinaus in Räume anderer unabhängiger Institutionen wie dem Kurdischen Institut für Wissenschaft und Forschung e.V., dem Verein Demokratischer Geschäftsleute und dem Kurdistan-Informationsbüro e.V.

Obwohl für die anderen hier genannten Vereine kein Durchsuchungsbefehl vorlag, wurden hier und auch in den Räumen des Deutsch-Kurdischen Kulturzentrums mit brachialer Gewalt Türen zerstört (4 bis 5 Türen wurden beschädigt, der Sachschaden soll sich auf 10000 DM belaufen, d. Red.) ungeachtet der Tatsache, daß die kurdischen Nutzer der Räume sich zuvor bereiterklärt hatten, alle Türen per Schlüssel zu öffnen. Bei der folgenden Durchsuchung waren drei Staatsanwälte mit anwesend, es wurden eine Reihe von Schriftstücken, u.a. Adressenlisten des Kurdischen Instituts für Wissenschaft und Forschung e.V. beschlagnahmt.

Außerdem wurden die Wohnungen von fünf kurdischen Familien aus Berlin durchsucht, nachdem diese gestern

deklatschen bezeugten sie ihre Solidarität. Sofort wurden sie von einer dichten Polizeikette eingeschlossen und auf die gegenüberliegende Straßenseite abgedrängt. Helikopter umflogen regelmäßig das Gerichtsgebäude und dessen Umgebung.

Mehrere Kilometer vor Ankara wurden bereits in den frühen Morgenstunden durch die Polizei zahlreiche Busse angehalten. Es wird geschätzt, daß mehrere tausend Personen auf diese Weise versuchten, nach Ankara zu gelangen, um ihre Solidarität mit den Angeklagten zu bezeugen. Eine Delegation der ausländischen Prozeßbeobachter besuchte 350 Personen, die in mehreren Bussen aus Diyarbakir kamen. Die Polizei verweigerte zuerst den Ausländern jegliche Auskunft darüber, weshalb diese Personen festgehalten würden. Nach einiger Zeit traf ein Polizeichef ein und begründete die Maßnahme damit, daß die DEP selbst gebeten habe, die Sympathisanten auf ihrem Weg in die Stadt zu stoppen. Es überrascht immer wieder aufs Neue, mit welcher Unverfrorenheit versucht wird, Sicherheitsmaßnahmen und fundamentalste Menschenrechtsverletzungen durch Lügengeschichten zu legitimieren. Die Polizei notierte die Namen aller Reisenden und erst nach langen Verhandlungen „gestatteten“ sie den Sympathisantinnen und Sympathisanten wieder die Heimreise. Den ausländischen Beobachtern wurde versichert, daß diese Personen wieder frei nach Hause reisen könnten. Bereits nach kurzer Zeit wurden die Busse bei ihrer Rückfahrt von Polizeifahrzeugen eskortiert. Sechs Busse aus Adana und deren zwei aus Mardin wurden an anderer Stelle vor der Stadt angehalten und gegen den späteren Nachmittag wieder zurückgeschickt.

Im Gerichtssaal wurde nach einer kurzen Mittagspause weiter aus der Anklageschrift vorgelesen. Nochmals beantragte der Angeklagte Ahmet Dogan, daß auf die Verlesung der umfangreichen Anklageschrift verzichtet wird, da alles bereits bestens bekannt sei. Die Anwälte rügten zudem, daß ihnen durch die Sicherheitsmaßnahmen während des Prozesses jeglicher Kontakt zu ihrer Mandantin und ihren Mandanten verun-

möglicht würde. Als auch diese Anträge abgelehnt wurden, erhob sich die Mehrzahl der Anwältinnen und Anwälte und verließ den Saal. Der Gerichtspräsident notierte sich sofort die Namen der noch im Saal verbliebenen Rechtsanwälte, damit die Protestierenden bestraft werden können. Die Rechtsanwälte erklärten, sie würden den Saal nicht aus Protest verlassen, sie hätten jedoch Ge-scheiteres zu tun, als während mehrerer Tagen dem Verlesen der Anklageschrift zuzuhören.

Aufgrund der vorliegenden Anklageschrift steht fest, daß die Angeklagten lediglich aufgrund ihrer Schriften, Reden und Telefongespräche wegen Verletzung von Art. 125 TSStGB angeklagt worden sind. Nach diesem Gesetzesartikel wird eine Person, welche die Souveränität des Staatsgebietes bedroht, mit dem Tode bestraft. Seit ihrer Wahl als Parlamentsabgeordnete wurden die Telefone der Angeklagten vom türkischen Geheimdienst minutiös ausgewertet. Zudem wurden alle Auslandskontakte der Abgeordneten registriert und überprüft. Außer ihren Reden und Gesprächen liegen in der Anklageschrift keine strafbaren Handlungen vor, keinem Angeklagten wird eine gewalttätige Handlung vorgeworfen. Die Grundlage der Anklage bildet somit einzig die verfassungsmäßig garantierte „freie Meinungsäußerung“ der Abgeordneten. Zur Begründung der Anklage wird u.a. die Erklärung von Leyla Zana bei ihrer Verteidigung im Parlament 1991 angeführt. Dort hatte sie geltend gemacht, sie leiste ihren Amtseid unter dem Druck der türkischen Verfassung, und hatte auf Kurdisch zugefügt, sie sei „kurdisch und bleibe es.“ Nur wenige Tage vor diesem Prozeß erklärte der frühere Justizminister Seyfi Oktay in einem Interview, daß ihm der Nationale Sicherheitsrat während seiner Amtszeit befohlen habe, die Meinungsäußerungsfreiheit weiter einzuschränken.

Mit der Anklageschrift versucht das türkische Regime nicht nur, die ehemaligen Parlamentsabgeordneten zu kriminalisieren. Diese Abgeordneten sind bekanntlich vom kurdischen Volk gewählt worden und repräsentieren deren politische Meinung. Obwohl den Abgeordneten ihre Arbeit im Parlament mit



jeglichen Mitteln erschwert worden war, versuchten sie gleichwohl, den Willen des kurdischen Volkes im Parlament zu vermitteln. Mit dieser Anklage wird nun den Kurden und Kurdinnen selbst der demokratische parlamentarische Weg zur Selbstbestimmung verwehrt. Das türkische Regime versucht, den politischen Konflikt auf eine strafrechtliche Ebene zu transformieren und auf diese Weise jeglichen politischen Wandel zu verunmöglichen. Bereits heute ist klar zu erkennen, daß mit dem Verbot der DEP und dem politischen Schauprozeß gegen deren Volksvertreter der politische Konflikt durch das türkische Regime weiter bewußt verschärft wird. Kani Yilmaz, Vertreter der ERNK, erklärte in London gegenüber Journalisten, daß im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen die DEP-

Abgeordneten Hunderte von Kurden in Europa sich entschlossen hätten, in Kurdistan für die Befreiung ihres Volkes zu kämpfen.

Nach dem Verlesen der Anklageschrift werden die Angeklagten und ihre Rechtsvertreter die erste Möglichkeit zu einer Stellungnahme erhalten. Anschließend können die Angeklagten ihre Entlastungsbeweise bezeichnen. Nach der Anhörung von allfälligen Zeugen und Zeuginnen werden dann die Staatsanwaltschaft, die Verteidigung und die Angeklagten ihre Plädoyers verlesen. Der Prozeß wird voraussichtlich innerhalb bis zwei Jahre dauern.

Marcel Bosonnet ist Anwalt in Zürich und Mitglied einer Schweizer Beobachterdelegation zu Beginn des DEP-Prozesses.

AUGSBURG

Extrem hohe Strafe im 2. Kurdenprozeß

Drei Jahre Haft wegen schweren Landfriedensbruchs, Nötigung und Verstoß gegen das Waffengesetz erhielt ein 36-jähriger Kurde. Der Rechtsanwalt legte sofort Berufung ein. Selbst die *Augsburger Allgemeine Zeitung* vom 12. Juli kritisierte das Urteil als zu hart.

Die AZ sagt: „Mit drei Jahren Haft wird normalerweise bestraft, wer in einem durchschnittlichen Fall des versuchten Totschlags für schuldig befunden wird. Dazu aber muß der Angeklagte mehr getan haben, als eine Waffe spazieren zu tragen. Doch unter den Bedingungen einer erhitzten politischen Debatte gelten offenbar andere Maßstäbe.“

Der Kurde war bei den Newrozverboten-Protesten auf der Autobahn verhaftet worden, weil er eine Tasche mit acht benzingeüllten Flaschen trug. Der Staatsanwalt forderte dreieinhalb Jahre Haft. Er konnte zwar keinerlei Beweise vorlegen, daß der Angeklagte damit Polizeibeamte angreifen wollte, doch war das Schöffengericht unter Vorsitz von Gabi Holzer auch so beeindruckt von seinen ausgewählten Bewertungen der Autobahnblockaden, daß es

nur wenig unter dem Strafmaß der Staatsanwaltschaft blieb. Die Urteilsbegründung spricht von einem „Krieg“, den die Kurden angefangen hätten, und von deutschen Polizisten, die nicht zu „Fußabstreifen“ werden dürften.

Der Urteilspruch ist auch ganz im Sinne von Innenminister Beckstein, der immer wieder fordert, daß „Generalprävention“ geübt werden muß. Nicht die Schwere des individuellen Tatbeitrages ist demnach entscheidend, sondern wer dabei war. Die Berufungsverhandlung oder gar eine Verfassungsbeschwerde werden zeigen, ob Gerichte sich auf politische Strafen tatsächlich einstellen.

Aus Protest gegen die hohe Strafe traten einen Tag nach der Urteilsverkündung neun der in Augsburg inhaftierten Kurden am 12. 7. in einen Hungerstreik. Ihnen schlossen sich inzwischen vier in Stadelheim eingesperrte Kurden und die 13 Kurden an, die wegen der Botschaftsbesetzung in München verurteilt wurden. Bis jetzt hat die Presse darüber noch kein Wort verloren. Wieweit die 800 bis 1000 Ermittlungsverfahren wegen der verbotenen Newroz-Feier in Prozesse umgewandelt werden, hängt erheblich davon ab, wieweit es gelingt, für die vom türkischen Staat propagierte Gleichsetzung „Kurde = Terrorist“ auch in Deutschland genügend Anhänger zu finden. Der nächste Kurdenprozeß findet am 19. August statt. — (baf)

früh von Einsatzkräften mit gezogenen Waffen bedroht wurden. Nach Angaben der Polizei gab es im Zusammenhang mit diesen Durchsuchungen eine Festnahme.

All diese Vorgänge finden genau zu dem Zeitpunkt statt, da das Bundesverwaltungsgericht Berlin die Aussetzung der Verbotsverfügung auch gegen den Berliner Kurdischen Kulturverein bekannt gegeben hat. Wir fragen die deutschen Behörden und die deutsche Öffentlichkeit, ob dieser erneute massive Kriminalisierungsversuch die in der jüngsten Vergangenheit ohnehin gespannten Beziehungen der Bundesregierung und ihrer nachgeordneten Organe zur kurdischen Bevölkerung weiter eskalieren soll. Wir verlangen von der deutschen Justiz und der Polizei die sofortige Beendigung aller willkürlichen Maßnahmen gegen kurdische Familien und legale kurdische Einrichtungen. Wir protestieren gegen die völlig unangemessenen Übergriffe des deutschen Staates gegen die kurdische Bevölkerung in Deutschland. (Berlin, 28. Juli 1994)

Erklärung der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus

Die Kriminalisierung der Kurdinnen und Kurden in der Bundesrepublik hört nicht auf. Die Bundesregierung benutzt alle Mittel wie das Verbot kurdischer

Organisationen, wie Diffamierungskampagnen usw. Der Staatsapparat schreckt nicht davor zurück, von der tödlichen Schußwaffe Gebrauch zu machen.

Es ist nicht zu übersehen, daß die deutsche Kriminalisierungsaktion gegen Kurdinnen und Kurden im Gleichschritt mit der Eskalation der mörderischen Angriffe von Seiten der türkischen Regierung erfolgt. Gestern hat die türkische Armee angebliche Stellungen der PKK im Nordirak bombardiert, und zur gleichen Zeit stürmten die paramilitärische GSG9 und Sondereinsatzkommando-Truppen die Vereinräume der Kurdinnen und Kurden, in denen im April die PDS-Fraktion eine Fraktionssitzung gemeinsam mit VertreterInnen des Vereins durchführte.

Es ist offensichtliche Regierungspolitik, jegliche Proteste gegen die Massaker in der Türkei im Keime zu ersticken. Die PDS protestiert scharf gegen die brutalen Übergriffe und verlangt die Respektierung der Grundrechte von Minderheiten.

Wir fordern die Regierung auf, solche Aktionen gegen Kurdinnen und Kurden zu unterbinden und statt dessen jegliche Waffenlieferungen an den türkischen Staat und militärische Unterstützung einzustellen.

(Erklärung des PDS-Fraktionsvorsitzenden Dr. Peter-Rudolf Zottl, Berlin, 28. 7. 94)



Angehörige von Opfern während der Kundgebung vor der Gedenktafel mit den Namen der 85 Toten des faschistischen Attentats.



Nach dem Attentat 1980. Ein Bild aus der Broschüre „2. August 1980, 10.25 Uhr“ der Stadt Bologna.

Nach den Bombenlegern jetzt die Auftraggeber!

Der 2. August 1994 in Bologna

Bologna vergißt nicht“ stand an der Spitze des Demonstrationzugs, der am 2. August wie jedes Jahr seit 1980 aus dem Stadtzentrum zum Hauptbahnhof führte. Damals hatte ein Bombenanschlag im Bahnhof, Teil einer faschistischen Destabilisierungsstrategie, 85 Menschen getötet und mehr als 200 verletzt. In diesem Jahr fanden die Aktionen erstmals im Zeichen der neuen Rechtsregierung Berlusconi statt, also unter politischen Umständen, wie sie gerade ein Ziel der rechten Attentäter und der Geheimloge *Propaganda 2* (Berlusconi gehörte ihr an) und interessierter Geheimdienstkreise gewesen waren.

Etwa 5000 Teilnehmer zählte die Demonstration in einer Reihe verschiedener Blocks. Immer wieder klatschten Menschen am Straßenrand Beifall, vor allem dem Block der Angehörigen der Opfer. Ein weiterer Block bestand aus Vertretungen vieler Städte und Gemeinden, die die jeweiligen Stadtwappen mittrugen. Radsportler aus verschiedenen Regionen hatten sich nach Bologna auf den Weg gemacht und schließlich bei der Demonstration getroffen. Eine weitere Gruppe bildeten Antifaschisten aus mehreren Ländern, darunter der Bundesrepublik. Mitglieder des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD, Ortsgruppe München, verteilten ein Flugblatt zur Solidarität mit der Aktion, in dem sie auf das Oktoberfestattentat im selben Jahr 1980 hinwiesen und auf aktuelle Faschisierungs- und Großmacht Tendenzen im neuen Großdeutschland. Den weitaus größten Block der Demonstration schließlich bildeten die Teilnehmer aus Bologna selber mit Transparenten von Gewerkschaften und betrieblichen Vertretungen.

Im vorderen Teil der Demonstration hatte man auch den neuen italienischen Innenminister Maroni von der Lega Nord gesehen, inmitten eines Pulks von Medienleuten.

Die Kundgebung vor dem Bahnhof eröffnete dann Torquato Secci, der Vorsitzende der Vereinigung der Angehörigen der Opfer, der bei dem Attentat einen Sohn verloren hatte. Er dankte dem Bologneser Gericht, das am 16.5.1994 im inzwischen vierten Verfahren die Neofaschisten Fioravanti, Mambro und Picciafuoco als Ausführende des Attentats sowie die Angeklagten Gelli (Leiter der *Propaganda 2*) und Pazienza sowie die Geheimdienstoffiziere Musumeci und Belmonte wegen Irreführung der Untersuchungsbehörden verurteilt hatte. Secci erklärte, nach wie vor fehlten aber die Hintermänner, die Auftraggeber des Blutbads. Gegenüber dem Innenminister Maroni erhob Secci konkrete Forderungen: Wiedereinrichtung einer Parlamentskommission zur Aufklärung, Verabschiedung eines Gesetzes zur strengen Bestrafung von Irreführung der Untersuchungen sowie Billigung eines Gesetzesvorschlags zur Abschaffung des Staatsgeheimnisses bei Attentaten und Terrorismus, eines Gesetzesvorschlags, „der nach zehn Jahren immer noch in den Schubladen des Parlaments schläft“.

Auch Walter Vitali, der Bürgermeister Bolognas (Linksdemokratische Partei), hob auf die faschistische Urheberchaft des Anschlags ab und bekräftigte gegenüber der Regierung und gegenüber Maroni die genannten Forderungen. Die Aufdeckung der vollen Wahrheit über die Attentate gehe nicht mit der Aufwertung von Faschismus zusammen: „An die Wahrheit kommt man heran, wenn die Regierung einen starken politischen Willen, Gerechtigkeit herzustellen, zum Ausdruck bringt, und wenn man in der Regierungsmehrheit mit dem Märchen vom guten Faschismus aufhört.“

Maroni hatte als erster Innenminister seit dem Anschlag an den 2.-August-Aktionen teilgenommen. Berlusconis Forza Italia und die faschistische Alleanza Nazionale können keine Aufhellung der

Attentate wünschen, die ihre eigenen Interessen daran beleuchten würde. Maronis Absicht dürfte deshalb vor allem Lega-Propaganda gewesen sein: Die Lega, obwohl unentbehrlicher Bündnispartner der Rechtskoalition unter Ein-schluß der Faschisten, als Garant von „neuer Politik“.

Auf die Forderung der Angehörigenvereinigung, die Geheimdienstarchive zu öffnen, hat er im Anschluß an die Kundgebung geantwortet, daß man hier nichts erwarten soll: „Ich bin sicher, daß aus den Archiven von Sisde und Sismi (Geheimdienste, rok.) nichts Neues herauskommen wird. Man muß die Wahrheit nicht in den Akten suchen, sondern im Gedächtnis und im Gewissen derer, die sie kennen und noch immer schweigen.“ (1) Auf die Frage, warum Verantwortliche gerade heute mit dem Reden anfangen sollten: „Kein Kommentar“.

Aus den Reden von Secci und Vitali wollte er ausgerechnet ein neues Vertrauen in die Regierung, eine „Versöhnung zwischen den Leuten und der Regierung“ herauslesen. Aber Torquato



Der Innenminister Maroni von der Lega Nord (mit Sonnenbrille) mußte sich die Forderungen der Vereinigung der Opfer, der Demonstrationsteilnehmer und der Stadt Bologna anhören — im Bild von Walter Vitali, dem Bürgermeister Bolognas.

Secci hatte ihn in einem Brief der Angehörigen auch schon gewarnt: „Das Gericht von Bologna hat die Ausführenden des Blutbads herausgefunden. Jetzt ist es nötig, die Auftraggeber festzustellen und zu bestrafen. Herr Minister, man hat uns viele Lügen erzählt. Wir würdigen sehr die Versprechungen, die Sie gemacht haben, als Sie das Amt des Innenministers übernommen haben. Es würde uns nicht gefallen, wenn wir morgen sagen müßten, daß der Innenminister auch nicht besser gewesen ist als seine Vorgänger.“ (2)

Quellenhinweis: (1) „il manifesto“, 3.8.94; (2) „L'Unità“, 3.8.94 — (rok)

Venezuela: Caldera ohne Ideen

Nationaler Notstand ausgerufen. Artikel von Julio Fermin, aus: „Poonal“

Am 27. Juni 1994 erlebte Venezuela seinen sogenannten „Calderazo“. So wird das an diesem Tag von der Regierung des Präsidenten Rafael Caldera verabschiedete Maßnahmenbündel des Nationalen Notstands bezeichnet. Das Bündel umfaßt unter anderem die Wechselkurskontrolle, um den freien Fall der Nationalwährung Bolivar zu stoppen (zuletzt gab es für einen US-Dollar mehr als 200 Bolivar). Außerdem verfügte die Regierung eine Preiskontrolle für 36 Produkte des Grundbedarfs sowie für weitere Güter und Dienstleistungen. Damit soll die zügellose Spekulation bekämpft werden, die in den vergangenen vier Monaten mehr Lebensmittelpreiserhöhungen verursachte als im ganzen Jahr zuvor. Gleichzeitig erklärte die Regierung am 27. Juni unbegreiflicherweise eine Aufhebung der Verfassungsgarantien hinsichtlich der politischen und wirtschaftlichen Grundrechte (siehe Kasten).

Für viele bedeuten die Notmaßnahmen den wahren Amtsantritt der Regierung. Sie treten fünf Monate nach der offiziellen Amtsübernahme durch den Präsidenten in Kraft. Diese Zeit war durch eine wirtschaftliche und soziale Krise gekennzeichnet, verursacht von dem als „das Paket“ bekannten makroökonomischen Anpassungsprogramm (das 1989 noch unter dem heute inhaftierten Ex-Präsidenten Carlos Andrés Pérez in Gang gesetzt wurde; Poona). Bis heute hat die Regierung keine klaren Positionen in der Wirtschaftspolitik präsentiert. Das Wirtschaftsprogramm wurde — verbunden mit Kompensationsprogrammen — weiter angewendet. Die Pläne der neuen Regierung waren weit davon entfernt, die wirtschaftspolitische Richtung ändern zu wollen.

Erneut Putschgerüchte

Der Präsident hat als einzigen Erfolg die Beilegung der Militärkrise zu verbuchen. Alle in die Staatsstreichversuche vom 4. Februar und 27. November 1992 verwickelten Militärs sind inzwischen freigelassen. Aber in den letzten Junitagen machte das Gerücht eines Putsches die Runde: die Rede ist von einer Verschwörung, an der sich auch Unternehmer beteiligt haben sollen.

Letztendlich erlebt das Land die Konsequenzen des Wahlkampfes von 1993. Caldera stellt sein Regierungsprogramm als „Absichtserklärung an das venezolanische Volk“ vor. Es sollte das Gegenstück zu den Verpflichtungen der vorigen Regierung mit dem Internationalen Währungsfonds sein. Doch wenn sich dieses Programm auf dem Papier auch gegen eine neoliberale Politik wandte, sagte es nicht, wie das 1989 begonnene Programm der Wirtschaftsreform umgeändert werden würde. Darin bestand der Wahlerfolg des Präsidenten: keine Versprechen zu machen, sondern auf die Popularität zu setzen, die er als Führer der Opposition gegen die vorherige Regierung gewonnen hatte. Im Grunde präsentierte er kein Programm, sondern setzte auf sein persönliches Image und die Erinnerung an seine erste Regierungszeit (1968-1974).

Caldera gewann die Präsidentschaft mit nur 30 Prozent der Stimmen bei 40 Prozent Wahlenthaltung. Von Dezember 1993 bis zur Machtübernahme im Februar 1994 hatte die Mannschaft um Caldera zwei Monate Zeit, ein Pro-

gramm vorzustellen. Vorgestellt wurden dann nach drei weiteren Monaten drei verschiedene Pläne. Der Plan Sosa legte größeren Nachdruck auf Steuererhöhungen; der Plan Roosen zielte auf die Reform des Finanzsystems und niedrigere Zinsen ab; der Plan Baptista verfolgte weiter die Privatisierungspolitik — die Ölindustrie eingeschlossen.

Banken zu 45 Prozent nationalisiert

In diese Zeit regierungsamtlicher Untätigkeit platzte die Krise der Banco Latino, der zweitgrößten Bank des Landes. Doch sollte diese erste Bankenkrise nur die Spitze eines Eisbergs sein. Nach und nach mußte der Staat bei acht weiteren Banken intervenieren, um deren Bankrott zu verhindern. Betroffen waren die Konten von fast drei Millionen Personen. Als Ergebnis der Staatsintervention wurde das Bankwesen zu etwa 45 Prozent nationalisiert. Diese Nationalisierung bedeutete gleichzeitig das Scheitern eines Eckpfeilers der wirtschaftlichen Anpassungsmaßnahmen.

Das Bankwesen war der größte Nutznießer der Geldpolitik seit 1979 gewesen. Jahr für Jahr machten die Banken Milliardengewinne, die der Produktivität des Landes nicht entsprachen. Als ab 1989 Wechselkurse und Zinsen freigegeben wurden, hatten die Banken ihre traditionelle Rolle als finanzielle Vermittlungsstelle bereits aufgegeben. Sie widmeten sich mehr spekulativen Aktivitäten. Die Aktivzinsen stiegen auf 80 Prozent. Der Banksektor mischte sich in verschiedene Aktivitäten ein, die mit seiner eigentlichen Bestimmung nicht viel zu tun hatten. So finanzierten die Banken unter anderem direkt Wahlkampagnen, womit sich der Einfluß auf die politischen Machtebenen erhöhte.

Regierung und Kongreß versuchten wie in früheren Zeiten das finanzielle Debakel zu verhindern. Sie stützten sich auf das Allgemeine Bankgesetz (von den Bankmanagern selbst ausgearbeitet). Es sieht finanzielle Hilfe gegen eine Garantie in Aktiva vor. Das heißt: eine neue Subvention und eine „Belohnung“ für diese Unternehmer. Durch ein Spezialgesetz wurde fast eine Billion Bolivar bewilligt. Die bereits bankrotten Banken nutzten die Gelder,

um Dollars zu kaufen und bewirkten eine Kapitalflucht von fast drei Milliarden Dollar. Diese gefährdete die internationalen Devisenreserven, die bis auf fast 4,6 Milliarden Dollar herabsanken. Den Dollar ließen sie über die psychologische Barriere von 200 Bolivar springen. Die einheimische Währung verzeichnete eine Abwertung von fast 80 Prozent.

Die Opposition, in der die Demokratische Allianz (AD) und die sozialchristliche COPEI (die ehemalige Partei Calderas) die Mehrheit haben, entschloß sich, durch ein Ermächtigungsgesetz einen Blankoscheck auszuschreiben. Das Gesetz erlaubt der Regierung, Gesetze im Wirtschaftsbereich direkt zu verabschieden. In gewisser Weise handelte es sich darum, dem Präsidenten alle mögliche Macht zu verleihen, die Wirtschaftskrise zu lösen und sich selbst nebenbei im Fall eines Scheiterns von der Verantwortung loszusprechen. Praktisch scheint sich das Schema der Vorperiode zu wiederholen, in der die sozialchristliche COPEI in der Opposition stumm blieb. Dieses Mal unterstützen die Mehrheiten von AD und COPEI nicht nur die derzeitigen Maßnahmen — sie machen nur zur Bedingung, daß sie vorübergehenden Charakters sein sollen —, sondern sie bieten der Regierung ihre Hilfe im wirtschaftlichen und sozialen Bereich an. Sie sind für eine Verfassungsreform, deren ursprünglicher Promotor Präsident Caldera war. Caldera wollte sich damit einer wachsenden Bewegung entgegenstellen, die eine Verfassungsversammlung für nötig hält.

Ex-Präsident agiert aus Haftzelle heraus

Die wirkliche Opposition befindet sich außerhalb der Kongreßmauern. Auf der einen Seite haben die Maßnahmen die neoliberale Allianz gestärkt. Sie wird von UnternehmerInnen, AkademikerInnen, einigen Medien, ehemaligen Präsidentschaftskandidaten und Carlos Andrés Pérez angeführt. Letzterer verteidigt aus seiner Haftzelle heraus seine Regierungsführung. In der öffentlichen Meinung wird jeden Tag ein Positionskrieg ausgefochten. Zwei Lager stehen sich gegenüber. Auf der einen

Seite stehen die BefürworterInnen einer Marktwirtschaft, die die Regierung des Populismus und der Rückschrittlichkeit anklagen. Auf der anderen Seite weisen die UnterstützerInnen der Regierung darauf hin, daß diese die Kontrolle der Lage übernommen und so die Interventionskraft des Staates wiederhergestellt habe, die er in den letzten fünf Jahren verlor.

Aus der Unzufriedenheit der Bevölkerung zieht der ehemalige Kommandant des Putschversuches vom 4. Februar, Hugo Chavez, Kapital. Er steht an der Spitze der Revolutionären Bolivianischen Bewegung MBR. Seit er aus der Haft entlassen ist, ist Chavez durch das Land gereist. Bei seinen öffentlichen Auftritten jubeln ihm Hunderte zu. Sein Vorschlag, eine Verfassungsversammlung einzuberufen, nimmt nur langsam Formen an. Der Vorschlag kommt nicht ausschließlich aus seiner Bewegung. Auch Unternehmer und die Mitglieder einiger Parteien unterstützen seinen Vorschlag.

Bis jetzt konzentriert sich die brüchige Opposition angesichts der ausgelösten brutalen Unterdrückung auf die Kritik an der Aufhebung der politischen Rechte. Die Regierung hob die Unverletzlichkeit der Wohnung sowie die Bewegungsfreiheit auf und kann jede Person festnehmen. Am Tag nach der Verkündung ging man noch davon aus, daß die Aufhebung der Grundrechte das Auffinden und die Verhaftung von mehr als 100 Bankleuten, Spekulanten und Geschäftsbesitzern erleichtern sollte. Doch die ersten Leidtragenden kamen aus den Armenvierteln. Es gab von der Nationalgarde geleitete Aktionen, die normale Bürger, soziale Führer und mit den Putschisten von 1992 verbundene Politiker sowie entlassene Militärs verhaftete. Lächerlich machten sich die Polizeikräfte mit der Durchsuchung der Wohnsitze von Bankleuten und Unternehmern, die offensichtlich nicht das geringste mit irgendeiner Verschwörung zu tun hatten. Bemerkenswerterweise fanden die Aktionen einen Tag vor den von der MBR angekündigten Demonstrationen statt. Die MBR wollte mit dieser Aktion gegen die hohen Lebenshaltungskosten und die Korruption im Bankensektor protestieren.

Bis jetzt haben diese Maßnahmen — wenn auch mit Einschränkungen — Unterstützung in der Bevölkerung gefunden. Die Regierung kann den Schlag ausnutzen, um die Wirtschaft neu zu ordnen, und gleichzeitig versuchen, die soziale Lage der Bevölkerung zu erleichtern. Doch wächst der Druck von internationaler Seite (Auslandsschuld, Auslandsinvestitionen usw.) wie der interne (z.B. die Privatisierungen). Der Internationale Währungsfonds hat dafür Stand-by-Kredite angeboten.

Die Regierung hat Sozialprogramme angekündigt, deren Koordination Pompeyo Márquez, Führer der Bewegung für den Sozialismus, ist, eine der wichtigsten Parteien der Regierungskoalition. Auch rief die Regierung die Bevölkerung auf, durch die Nicht-Regierungsorganisationen an den Sozialprogrammen mitzuwirken. Sie weist weiter auf notwendige Solidarität hin und hat einen Teil der sinkenden Popularität zurückgewonnen. Es ist schwierig vorherzusagen, ob sie dies benutzen wird, für einen Weg abseits des „Pakets“ zu kämpfen.

(aus: „POONAL“ Nr. 152, 18. Juli 1994)

Caldera setzt sich über Kongreß hinweg

Die vom venezolanischen Präsidenten Rafael Caldera am 27. Juni außer Kraft gesetzten sechs Grundrechte sind weiterhin suspendiert. Caldera setzte sich am 22. Juli über eine Entscheidung der Kongreßmehrheit hinweg. Die Abgeordneten hatten am Vortag für die Wiedereinsetzung von fünf der sechs Grundrechte gestimmt.

Bei den sechs suspendierten Verfassungsgarantien handelt es sich um das Recht auf persönliche Freiheit, das Recht auf die Unverletzlichkeit der Wohnung, das Recht auf freie Bewegung, das Recht auf Privateigentum, den Schutz vor Enteignung ... und das Recht auf wirtschaftliche Freiheit. Für die andauernde Suspendierung des letztgenannten Rechtes stimmte auch der Kongreß, damit die Wirtschaftskriminalität besser bekämpft werden kann.

Caldera verteidigte sich in einer landesweit über Rundfunk und Fernsehen übertragenen Ansprache ... Er versprach, eine Übereinstimmung mit dem Kongreß zu suchen, kündigte jedoch gleichzeitig an, keine Angst vor einer Volksbefragung über seine Maßnahmen zu haben. Nur durch die Aufhebung einiger Grundrechte könnten Spekulanten und Bankmafia bekämpft werden.

Die Oppositionsparteien, die im Kongreß die Mehrheit haben, äußerten scharfe Kritik an Caldera. (...) Der kritisierte Präsident bekam unterdessen Schützenhilfe vom Militär. Vor etwa 2000 Angehörigen der Streitkräfte — vom Unterleutnant bis hin zu Generälen und Admirälen — versicherte der Verteidigungsminister Rafael Montero ... das völlige Einverständnis seiner Institution ... So gestärkt, wird sich Caldera kaum von seinem Kurs abhalten lassen. (Poona, 26. Juli 1994)

Castor—Transport bisher verhindert

**Zahlreiche Widerstandsaktionen in Gorleben
„Bundesaufsichtliche Schritte . . .“**

Für Mitte Juli dieses Jahres wurde für das 1983 fertiggestellte Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle in Gorleben ein Transport mit abgebrannten Brennelementen zur Lagerung angekündigt. Der Widerstand der Atomkraftgegner im Landkreis hatte elf Jahre lang verhindert, daß auch nur ein Behälter die seitdem leeren Hallen füllte. Das angekündigte Material stammt aus dem Atomreaktor Philippsburg in Baden-Württemberg und soll auf Grund einer Genehmigung des Bundesamtes für Strahlenschutz bis zu seiner Wiederaufbereitung im Wendland zwischengelagert werden, obwohl Philippsburg nachweislich bis zum Jahr 2011 selber Platz genug hat.

Der Transport dieses hochradioaktiven Materials im sogenannten Castorbehälter, dessen Inhalt dem Potential von 20 Hiroshima-Bomben entspricht, bedeutet eine extreme Gefahr. Bei der zugelassenen radioaktiven Strahlung an der Außenwand haben z.B. Transportbegleiter bereits nach 30 Minuten ihre höchstzulässige Jahresdosis weg.

Deshalb verlangte nicht nur die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen, sondern es regte sich überall im Lande von der bürgerlichen und auch der linken Presse längst totgelaubter Widerstand. Die Mitglieder der „Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges“ (IPPNW) sprachen von „schwerwiegenden medizinischen Bedenken“. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg wollte das „Zwischenlager belagern“. Grundstücksnachbarn erhoben Klage beim Oberverwaltungsgericht in Lüneburg. Die „Bäuerliche Notgemeinschaft“ kündigte eine ihrer bekannten Treckerdemonstrationen an. Senioren gründeten aus Protest eine „Initiative 60“, 259 Lüchower SchülerInnen erklärten: „Wenn Ihr unser Leben nicht achtet, achten wir Eure Gesetze nicht“ und ver-

sperren in Lüchow eine Durchgangsstraße. Dorfbewohner übten mit alten Atomkraftgegnern die gewaltfreie Selbstverteidigung, Fahrbahnen wurden mit Lauge und Gülle verchmiert und unpassierbar gemacht und schließlich fielen 25 Bahngleise der Säge zum Opfer. Die evangelischen Pfarrer des Kirchenkreises Dannenberg solidarisierten sich mit der Parole „Pastor gegen Castor“ und schließlich wurde im Wald des Atomkraftgegners Graf von Bernstorff das Wendlanddorf „Castornix“ errichtet.

Mitte Juli trat im AKW Philippsburg eine kurze technische Störung ein. Es gelang nicht, die im Wasserbecken gekühlten Brennelemente zu trocknen. Der Transport mußte verschoben werden. Die Sommerferien standen an und damit die Gefahr, daß die Polizei nicht gleichzeitig mit dem überbelasteten Straßenverkehr, einem risikoreichen Bahntransport und einer unkontrollierbaren Menge von AKW-Gegnern im Landkreis Lüchow-Dannenberg fertig werden würde. Die für den Transport zuständige und terminlich drängende Atomtransportfirma Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) wurde vom Niedersächsischen Innenministerium gebeten, die Sache auf Ende August zu verschieben.

Doppeltes Spiel der Landesregierung

Ministerpräsident Schröder (SPD) droht mit Klage gegen das vom Bundestag ohne Zustimmung des Bundesrates beschlossene „Artikelgesetz“, das die langfristige Zwischenlagerung in Gorleben als Entsorgungsnachweis für Atomkraftwerke zuläßt. Das greife in Länderrechte ein. Er werde deshalb seine bisher geführten Atomkonsensgespräche abbrechen. Auch der am 16./17. Juli in Hannover stattfindende Lan-



desparteitag der SPD äußert verbalen Unmut: zunächst müsse eine Verständigung über den Ausstieg getroffen sein, dann lasse sich über Entsorgung reden . . .

Die niedersächsische Umweltministerin Monika Griefahn (SPD) führt wie gewohnt mit Bundesumweltminister Töpfer (CDU) juristische Wort- und Papiergefechte. Das Castorlager, so Monika Griefahn, sei ursprünglich als Pufferlager für abgebrannte Brennelemente zur späteren Wiederaufbereitung gebaut worden. Dieser Zweck habe sich vollkommen geändert und decke sich nicht mehr mit der ursprünglich erteilten Genehmigung. Diese Rechtslage werde von ihr im Moment intensiv überprüft. Außerdem prüfe sie lange und gründlich — sprich: verzögere — die ihr am 20. Juli eiligst von Töpfer zugesandten Antragsunterlagen für den Castor-Transport.

Die Kehrseite des doppelten Spiels der Niedersächsischen Landesregierung sieht so aus:

Mitte Juli ordnet der Landkreis Lüchow-Dannenberg in Absprache mit dem Innenministerium in Hannover an, daß in einem mehr als 30 qkm großen Umkreis nicht demonstriert werden dürfe. Es hagelt Anhörungsbögen und Bußgeldbescheide gegen AKW-Gegner. Immer mehr Fahrzeuge des Bundesgrenzschutzes und BGS-Hubschrauber tauchen im Landkreis auf. Ortsansässige Polizeibeamte sollen schonungshalber nach Aussage des Innenministeriums „künftig bei konfrontierenden

Einsätzen nicht mehr beteiligt werden“. Am 14. Juli werden frühmorgens um 4.30 Uhr aufgrund einer 20seitigen Räumungsverfügung die 17 Holzhütten, 30 Zelte und ein 15 m hoher Turm des Hüttendorfes Castornix von sechs Hundertschaften der Polizei mit Pferde- und Hundestaffeln geräumt, die 250 Bewohner fotografiert und viele wegen ihres Widerstandes mit auf die Wache genommen. Sie machen sich sofort wieder an einen Neuaufbau. Jetzt fordert die Kreisverwaltung den Grafen auf, das auf seinem Grund und Boden stehende Hüttendorf wegen der „Großwetterlage“ und Waldbrandgefahr abzureißen. Sonst drohe ein Bußgeld in Höhe von 25000 DM. Die Castornixen ziehen sich erst einmal aus taktischen Gründen an die Elbe zurück.

Am 2. August greift auch Bonn wieder in das Geschehen ein. Töpfer droht „bundesaufsichtliche Schritte“ an, wenn nicht sofort die Prüfung der Transportunterlagen abgeschlossen werde. Zu gleicher Zeit entscheidet die Vierte Zivilkammer des Landgerichtes Hannover in einem anhängigen Streitfall, daß die Bundesregierung „dem Grunde nach“ vom Land Hannover wegen seiner Verzögerungstaktik beim Bau des Schachtes auf dem Atommüllendlager in Gorleben Schadenersatz — in Millionenhöhe — fordern kann. Ein bisher einmaliges Urteil, das Töpfer zum Jubeln bringt.

Kann sich Monika Griefahn jetzt noch juristische Verzögerungsspiele leisten? — (edl)



Etwa 800 Menschen protestierten am Samstag, den 6. August, in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald (Bild) gegen deren Schändung durch Rechts-extremisten vor zwei Wochen. Zu der Aktion hatten Gewerkschaften, die Lagergemeinschaft und antifaschistische Organisationen aufgerufen. — (u.b.)

Obdachlose bringen eigene Zeitung heraus

Essen. Die Parkbank heißt die Zeitung, die der Essener Obdachlosen- und Nichtseßhaftenverein ab August monatlich herausbringen will. Betroffene sollen in ihr Informationen, z.B. über Plätze zum Waschen oder Aufwärmen, bekommen. Andere sollen über die Probleme und Forderungen der Obdachlosen mehr erfahren. Vorbild für Die Parkbank sind erfolgreiche Obdachlosenzeitungen in Hamburg und München. Das Arbeitslosenzentrum in der Gerlingstraße unterstützt die Herausgabe technisch und finanziell. Die Zeitung, Startauflage 5000, soll im gesamten Ruhrgebiet für eine Mark verkauft werden. 50 Pfennig von jedem verkauften Exemplar bekommt der Obdachlosenverein für Selbsthilfeprojekte. — (syb)

Frankfurt gegen rechts Plakataktion zu Wahlen

Frankfurt. Verschiedene antifaschistische Organisationen und Initiativen, einige DGB-Gewerkschaften, der Einwanderertreff e.V., die ESG, der Frankfurter

Flüchtlingsbeirat, die Roma Union Frankfurt/Main, die Jüdische Initiative und viele andere haben ein Plakat mit den Losungen „Stoppt die geistigen Brandstifter! Keine Nazis in die Parlamente“ entworfen.

Das Plakat soll bis zur Bundestagswahl im Oktober über ganz Frankfurt verbreitet werden. Es eignet sich besonders gut zum Aushängen in Schaufenstern von Geschäften, in Wartezimmern von Ärzten, Behörden etc.

— (aus: Frankfurter Info)

Rechter DAV-Richter weiter im Amt

Gelsenkirchen. Obwohl dem Deutschen Arbeitnehmerverband (DAV) in Marl mittlerweile das Vorschlagsrecht für ehrenamtliche Arbeits- und Sozialrichter wegen der Durchsetzung mit NPD-Funktionären aberkannt wurde, und einzelne Arbeitsrichter (NPD-Landesvorsitzender Markert in Bochum und Narath als führendes Mitglied der Wikingjugend in Aachen) abberufen wurden, gibt es noch acht ehrenamtliche Beisitzer dieses Verbandes. Für die zwei ehrenamtlichen Richter des DAV am Arbeitsgericht Gelsenkirchen läuft

ESSEN

Verschlechterung statt Ausbau des ÖPNV?

Als einen „Scherz in Tüten“ bezeichnete die Essener ÖTV einen Vorstoß des Aufsichtsratsvorsitzenden der Essener Verkehrs AG (EVAG) zur Teilstillegung von U-Bahn- und Straßenbahnlinien.

Während Nachbarstädte den schienengebundenen öffentlichen Nahverkehr ausbauen wollen, hielt der Aufsichtsratsvorsitzende der EVAG, SPD-Ratscherr Lindeken, einen Vorstoß für diskussionswürdig, der in die entgegengesetzte Richtung geht. Die von der EVAG mit Untersuchungen zur Rationalisierung beauftragte Unternehmensberatung Mummert und Partner schlug vor kurzem vor, U-Bahnen und Straßenbahnen täglich ab 20.00 Uhr und am gesamten Wochenende stillzulegen. Außerhalb der Stoßzeiten des Verkehrs zur Arbeit, zur Schule und zu den Kaufhäusern in der Innenstadt würden dann nur noch Busse fahren. Diese Überlegungen haben viel Empörung hervorgerufen.

In den vollen Leserbriefspalten der örtlichen Presse wird z.B. darauf hingewiesen, daß Bahnen schneller und bequemer sind als Busse. Auch die Ratsfraktion der Grünen kritisierte den Vorstoß — trotz aller Kritik am U-Bahn-Ausbau in den letzten Jahren — als drastische Verschlechterung des ÖPNV. Der Ratsfraktionsvorsitzende der SPD sah sich inzwischen zu einer kritischen Stellungnahme genötigt. Eine Einstellung des Bahnverkehrs ab 22.00 Uhr kann aber auch er sich ganz gut vorstellen. Vom Tisch sind die Überlegungen also nicht. Dabei würde sich das Defizit der EVAG, im letzten Jahr 125 Mio. DM, auch bei voller Umsetzung des Vorschlages von Mummert und Partner um ganze 5 Mio. DM verringern. Umso stärkere Interessen muß es geben, die den Nahverkehr als öffentliche Dienstleistung in Frage stellen. Zu Recht wies die ÖTV darauf hin, daß der billigste Nahverkehr der ist, den es nicht gibt. — (wof)

Hannover

Proteste gegen die „Deutsche Liga“

Am 28.7.94 tagte um 19.30 Uhr die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ im Empelder Bürgerhaus „Op de Deel“. Titel der Veranstaltung: „Wach auf, wach auf, du deutsches Land“.

Als Hauptredner trat Wolfgang Juchem, 54 Jahre alt, auf. Er war Mitglied der NPD, ist nach eigenen Aussagen seit 40 Jahren der rechten Szene zugehörig. Nach 30 Jahren Tätigkeit bei der Bundeswehr und im MAD wurde er wegen rechtsextremistischer Tätigkeiten entlassen.

Das „Antifaschistische Bündnis Hannover“ rief zusammen mit den „SchülerInnen gegen Nazis“ (SGN) kurzfristig zu einer Protestkundgebung auf. Zu dieser Kundgebung kamen ca. 80 TeilnehmerInnen, von denen knapp die Hälfte SchülerInnen waren. Wir beabsichtigten eine friedliche, aber entschlossene Kundgebung direkt vor dem Dorfgemeinschaftshaus durchzuführen, um diese Veranstaltung zu verhindern. Die

Polizei verweigerte uns jedoch den Zutritt zum Veranstaltungsort und dem davorliegenden Platz.

Nichtsdestotrotz zogen wir unbeirrt vor das Bürgerhaus. Dort wurden wir von vermummten und bewaffneten Nazis erwartet. Unter Duldung der Polizei konnten diese uns unbehelligt filmen und fotografieren. Als wir uns demonstrativ den ankommenden Besuchern der Nazi-Veranstaltung in den Weg stellten, und sie sich nunmehr prügeln den Weg bahnen wollten, wehrten wir uns gegen deren Attacken. Unter Einsatz von Hundestaffel und Schlagstöcken, auch gegen 15- bis 16jährige SchülerInnen, bahnte die Polizei den Rechtsradikalen Zutritt. Aufgrund des harten Vorgehens der Beamten zogen sich die DemonstrationsteilnehmerInnen geschlossen zurück. Einzelne Gruppen wurden von der Polizei noch bis in die Innenstadt von Hannover verfolgt. — (SchülerInnen gegen Nazis Hannover & Landkreis)

1995 die Amtsperiode ab. Die ÖTV hat Arbeits- und Sozialminister Müntefering aufgefordert, all diese Richter vorzeitig abzuberufen. Verantwortlich dafür, daß die acht DAV-Leute immer noch als Beisitzer fungieren können, ist der jetzige Präsident des Landesarbeitsgerichts Hamm, Pieper, der vorher im Ministerium verantwortlich für die Berufung der ehrenamtlichen Richter war. Laut WAZ wußte das Ministerium seit Jahren, daß in den Reihen des DAV „schwarze Schafe waren“. — (scm)

Immer mehr Abschiebungen durch neues Asyl(un)recht

Essen. In den ersten sechs Monaten 1994 schob die Stadt Essen 174 Flüchtlinge in ihre Herkunftsländer ab. Im ganzen Jahr 1993 waren es dagegen „nur“ 193. Diese beschleunigte Abschiebepaxis ist Folge des neuen Asylrechts. Aus Essen werden derzeit vor allem Roma nach Mazedonien und Rumänien abgeschoben, weil dies angeblich sichere Herkunftsländer sind. Anderen, darunter Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien, werden die Aufenthaltsgestattungen nicht mehr verlängert. Mit solchen Schikanen will

die Stadt die „freiwillige“ Ausreise der Flüchtlinge erreichen. Die Folge: Vom 1.1.1993 bis 31.3.1994 verzogen etwa 10 % der Flüchtlinge unbekannt. Besteht der Verdacht, daß sich Flüchtlinge der Abschiebung entziehen, werden sie auf Antrag der Stadt in Abschiebehäft genommen — in Essen bis Anfang Mai 55 Flüchtlinge. — (syb)

Profitinteressen stärker als Proteste

Stuttgart. Stadtkultur nennen Breuninger und der Kaufhof, daß sie durch Sonntagsverkauf am Stadtfest ihren Umsatz beleben und Imagewerbung machen. Angeblich nur, weil's die machen, ziehen die anderen Handelskonzerne nach. Auch der Stadtverwaltung scheint Stadtkultur ohne Kommerz nicht mehr möglich. Die je 50000 DM Sponsoring sind für Breuninger, die Brauerei Dinkelacker und die Württembergische Handelsbank nur ein Nasenwasser. Aber dafür erklärt die Stadtverwaltung den Sonntagsverkauf zu einem Höhepunkt des Stadtfestes und finanziert den Rahmen für die Aktionen der Kaufhäuser. Die Sondergenehmigung, mit der das Ladenschlußgesetz

HAMBURGER HAFEN

Seit 1983 jeder dritte Hafenarbeiter entlassen

Der Unternehmensverband (UV) Hafen Hamburg legte im Juli seinen Jahresbericht 1994 vor.

Die Steigerungsraten der im Jahre 1993 umgeschlagenen Containertonnage betrugen:

Hamburg	+12,3 %
Bremische Häfen	+6,2 %
Rotterdam	+3,2 %
Antwerpen	+3,4 %

Im Zehnjahresvergleich haben die Hamburger Hafenkapitalisten ihren Anteil am zukunftssträchtigen Containerumschlag der Antwerpen-Hamburg-Ränge von 18,2 % (1983) auf 25,1 % (1993) erhöhen können. Antwerpen, Rotterdam und die Bremischen Häfen fielen im Vergleich dazu zurück. Wobei natürlich Rotterdam seine Spitzenstellung als größter europäischer Containerhafen mit 42,1 % (1993) gegenüber 45,4 % (1983) unangefochten halten konnte.

„Im Arbeitsmarkt Hafen sind in den vergangenen Jahren als dramatisch zu bezeichnende strukturelle Veränderungen eingetreten, die überwiegend irreversibel sind. Sie haben zu einem kontinuierlichen Rückgang in der Zahl der Beschäftigten mit Hafenarbeitskarte geführt.“ Von etwa 10000 Hafenarbeitern (1983) über 8403 (1988) sind Ende 1993 gerade eben mal 6636 im Hafen Hamburg übriggeblieben. Damit wurden seit 1983 etwa ein Drittel der Arbeitsplätze aus dem einigermaßen gut-bezahlten Hafentarif vernichtet oder ausgelagert.

Vom Unternehmensverband werden u.a. folgende Gründe dafür angeführt: „Rückgang des konventionellen Verkehrs, größere Lade- und Löschmengen pro Schiffseinheit, fortschreitende Unternehmenskonzentration, Ausgliederung von Funktionen auf Drittunternehmen und/oder Tochter- oder Beteiligungsgesellschaften, deren Mitarbeiter keine Hafenkarte besitzen (also schlechter bezahlt werden, d. Verf.).“

Auch für die Jahre 1994 und 1995 werden bei sehr guten Umschlagsperspektiven für den Hafen Hamburg „weiter deutliche Rückgänge in der Beschäftigtenzahl“ angekündigt. Es heißt, daß „bei Betriebsübernahmen, bei der Bildung von Arbeitsgemeinschaften, beim Ausscheiden von Unternehmen aus dem



Markt jeweils ein erheblicher Teil der betroffenen Arbeitsplätze auch dann verloren (gehen), wenn die entsprechenden Leistungen weiterhin im Hafen erbracht werden.“

Und dann wundert sich der Unternehmensverband, daß die Gewerkschaft ÖTV Abteilung Seehäfen weitere Flexibilisierungen verhinderte. Zur letzten Tarifrunde heißt es: „In der Tarifrunde 1994 ließen die ersten bedeutsamen Abschlüsse — vor allem für die Bereiche Chemie, Metall und Öffentlicher Dienst — mit moderaten Anhebungen von Löhnen und Gehältern in Verbindung mit der Einführung verschiedener Elemente zur Flexibilisierung der Arbeitszeit Hoffnungen auf eine grundsätzliche Neuorientierung in der Tarifgestaltung aufkommen. Für die deutschen Seehäfen haben sich diese Hoffnungen nicht erfüllt.“ Unter anderem konnten die unverschämten Flexibilisierungsvorstellungen der Hafenkapitalisten (Wiedereinführung von freiwilligen Doppelschichten am Wochenende, flexiblere Pausengestaltung, Abbau von Freischichten) durch Aktionen von Hamburger Hafenarbeitern zurückgeschlagen werden, die am Osterwochenende die sonst übliche Überstundenarbeit verweigerten, so daß u.a. ein Containerschiff umgeleitet werden mußte. — (obj)

ausgehebelt und das Verkaufspersonal zur Sonntagsarbeit herangezogen wird, ist fürs Stadtfest (und alle möglichen Stadtfestfeste) schon schlechte Tradition. Die HBV hat schon im Dezember '93 an die Stadtverwaltung appelliert, die Genehmigung zu verweigern — im Interesse der Beschäftigten, aber auch zum Schutz der kleinen Einzelhändler. Die DAG hat jetzt Flugblätter dagegen verteilt. Aber in Stuttgart dient eben Stadtpolitik zuvorderst den Konzernen und den „Geldigen“. — (ulk)

Deserteure organisieren sich

München. Am 14.7. haben sich zum ersten Mal Deserteure und Kriegsdienstverweigerer aus Bayern und ihre Familienangehörigen getroffen, um sich gemeinsam zu organisieren.

Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien geht weiter, Deserteure und Kriegsdienstverweigerer haben keine Möglichkeiten, ohne Angst oder Bestrafung zurückzukehren. Trotzdem sollen immer mehr abgeschoben werden bzw. werden immer weniger im europäischen Ausland aufgenommen.

Die Anwesenden beschrieben anschaulich, aus welchen Gründen sie ge-

flohen sind, wie schwierig und unsicher ihr Aufenthalt in Bayern ist und welche Ängste sie vor einer drohenden Rückkehr haben. Die Kriegsgegner sind entweder vor oder nach einer Einberufung geflüchtet oder haben sich von der Armee entfernt. Den meisten, die jetzt unter keinen Umständen zurückkehren wollen, droht die Illegalität. Und das obwohl alle Parteien des Europäischen Parlaments eine Entschließung zum Schutz von Deserteuren verabschiedet haben. Fast ausnahmslos scheinen die Mitgliedstaaten dies zu ignorieren.

Das europäische Bürgerforum ruft deswegen alle Gemeinden und Städte Europas auf, mindestens fünf Deserteure und Kriegsdienstverweigerer aufzunehmen. Dadurch wird dem Krieg der Boden entzogen und das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung kann in Anspruch genommen werden.

In München gibt es bereits eine Weisung des Oberbürgermeisters, daß Deserteure nicht abgeschoben werden. Auch wenn diese von vielen Seiten versucht wird zu kippen, hofft die neu gegründete Deserteursgruppe, daß dieses Beispiel Schule macht in allen bayerischen Gemeinden und Städten. — (Münchener Lokalberichte)

Arbeitslosigkeit plus Wohnungslosigkeit?

Bodo Ramelow über die „Kreditschulden“ von Wohnungsgenossenschaften im Osten und die sogenannte „Altschuldenhilfe“ der Bundesregierung

Der geneigte Leser wird erstaunt die Augen reiben und sich fragen, was der Autor glaubt, wenn er die Frage aufwirft, was FKK und Altschuldenhilfe gemeinsam haben.

Sollte dies die Veralberung der Leser sein? Nein, FKK könnte bedeuten: oben ohne, unten nichts, und geistig betrachtet waren die Beteiligten am FKK wohl auch entsprechend knapp bekleidet oder im übertragenen Sinne knapp mit Argumenten ausgestattet.

Beim FKK — von dem der Autor schreibt — ging es derart knapp zu, daß nicht einmal ein soziales Feigenblatt mehr übrig war, um das zu kaschieren, was dort verabredet wurde.

FKK ist, anders als der geneigte Leser glaubt, das „Föderale Konsolidierungskonzept“ und eine Wortschöpfung der geistigen Vernebler aus Bonn! Dahinter versteckt sich die 93iger Kohl-Kampagne unter dem Arbeitstitel „Solidarpakt“, wobei man sich fragen muß, wer paktiert da mit wem?

Im Rahmen dieser Unsozialkampagne wurde von den Begriffsverwirrern die Wortschöpfung „Altschuldenhilfe“ mit aufgenommen und eingearbeitet.

Es ist aber zu unterstellen, daß die Bevölkerung in West und Ost wenig bis nichts darüber weiß, um was es sich handelt, und das, obwohl die Folgen katastrophal sein werden. Hinter Altschuldenhilfe verbirgt sich genau keine Hilfe, sondern es handelt sich um die 2. Enteignungswelle — allerdings mit rechtsstaatlichen Methoden und unter Vorspiegelung falscher Tatsachen, um die Wohnungswirtschaft in den neuen Bundesländern um Milliarden von Beträgen zu bringen.

Selbst im Schneiderschen-Deutsche-Bank-Sinne handelt es sich hierbei nicht um Peanuts, sondern allein auf den Thüringer Wohnungsbeständen werden 7 Milliarden DM Altschulden gebucht.

Bei diesen Beträgen handelt es sich um Geldumlaufmittel der DDR-Planwirtschaft, welche vom Staatshaushalt als „Umlaufmittel Kredit“ der Wohnungswirtschaft zur Verfügung gestellt wurde, um im Sinne der Parteibeschlüsse das Wohnungsproblem als soziales Problem bis 1990 zu lösen!

Im Rahmen dieses Planungs- und Bilanzierungssystems hatten die Wohnungsgesellschaften und Wohnungsgenossenschaften gar keine freiwillige Entscheidung, ob sie diese Geldmittel als Direktzuwendungen oder als freiwillig zu wertenden Kreditbetrag von den staatlichen Geldinstitutionen bekamen.

Selbst der erzkonservative Staatsrechtler Rupert Scholz kommt in einem ausführlichen Rechtsgutachten zu dem Ergebnis, daß es sich bei diesen auf diese Art zugewiesenen Geldbeträgen in keinem Fall um im westdeutschen Rechtsstandard zu wertende freie Kreditmittel handeln kann, sondern um eine angewiesene Geldsumme, die dem Staatsapparat zuzuordnen ist.

Damit kann für diese Gelder zwingend nur der Nachfolgebereich für den Staatsapparat aufkommen, d.h. entweder muß die Bundesrepublik Deutschland direkt oder — wie bei den Betrieben die Treuhand — indirekt die Verantwortung und die Finanzierung bzw. Ablösung dieser Summen übernehmen.

Die ostdeutschen Wohnungsbetriebe und die Genossenschaften haben es durchgängig abgelehnt, diese sogenann-

ten Kredite anzuerkennen. Zu keinem Zeitpunkt wurden freiwillig irgendwelche Anerkenntnisse erteilt, und die entsprechenden Begehren der Staatsbank und später der Deutschen Kreditbank AG wurden von den Gesellschaftern und Genossenschaften abgewiesen. Kreditverträge lagen als freiwillige Verträge (s. Gutachten Rupert Scholz) nicht vor, und vom 30.6.1990 an haben alle Beteiligten die Rechtmäßigkeit bestritten.

Da aber mit der Umwertung der Mark der DDR in DM im Verhältnis 1:1 bzw. 1:2 irgendwelche volkswirtschaftlichen Gegenbuchungen erfolgen mußten, wurden volkswirtschaftlich dieser Umtauschaktion die „angeblichen“ Schulden der DDR bzw. Verbindlichkeiten der DDR-Institutionen dagegengebucht.

Die Wahl des Kanzlers Kohl war mit diesem Umtauschkurs zwar gesichert, aber die Schulden blieben.

Bei der schuldenbegleitenden Bank handelt es sich um die Deutsche Kreditbank AG, welche eine 100%ige Tochter der Bundesrepublik Deutschland ist. Dort werden 7 Milliarden allein für die Thüringer Wohnungen gebucht zuzüglich 10% Verzinsung jährlich. Während des FKK einigten sich Regierung und Opposition mit schweigender Billigung des DGB darauf, daß diese Altschulden durch die Wohnungsbetriebe anerkannt werden müssen, und dafür wird ihnen der Betrag erlassen, der als Verzinsung buchhalterisch obendrauf gebucht wurde. Dreieinhalb Jahre nach dem Birne-Wiederwahl-Umtauschkurs werden nun die Wohnungsgesellschaften gezwungen, diese 7 Milliarden DM doch anzuerkennen, um dem drohenden Konkurs zu entgehen.

So lastet nun im Schnitt von 10000 DM auf jeder Wohnung in Thüringen ein Altschuldenpaket, und die Hilfe besteht darin, daß die 10%ige Verzinsung, die auch zu Unrecht erfolgt ist, jetzt scheinheilig aufgehoben wird.

Diese so entstandenen wundersamen Schulden müssen nun durch Mieterhöhung von den Mietern aufgebracht werden, und mit einem Verzögerungseffekt von 5 1/2 Jahren erfolgt ratenweise die Rückzahlung des Umtauschkurses an die Bundesrepublik Deutschland.

Als Aufsichtsratsvorsitzender der Wohnungsgenossenschaft „Zukunft“ in Erfurt — mit immerhin 7000 Wohnungen — habe ich in der Vertreterversammlung im Dezember 1993 darauf hingewiesen, daß man bedauerlicherweise bei einer vorgehaltenen Waffe mit einem Räuber nicht darüber reden kann, ob er eventuell nur das halbe Portemonnaie mitnimmt. Nur unter diesem Aspekt und unter dem für alle Gesellschaften/Genossenschaften ansonsten eintretenden Konkurs waren diese genötigt und gezwungen, diese Schulden letztendlich zwangsweise dann doch anzuerkennen.

Alle Rechtsgutachten sprechen zwar dagegen, aber wenn man gleichzeitig von demselben Staat Auflagen erhält, wie und in welcher Form die Wohnungen saniert werden müssen bzw. welche VDE-Normen einzuhalten sind und z.B. wie in unserer Genossenschaft, daß das Stadtgas einfach abgestellt wird und man Millionenbeträge braucht, um entweder Erdgas oder neue Energieträger ins Haus zu bekommen, wird sehr schnell klar, daß das alles keine freien Entscheidungen mehr sind. Entweder

hätten im Dezember die Mieter ohne Kochgelegenheit gestanden, oder es hätten von jedem Mieter Tausende von DM alleine für die Neuinstallation des Energieträgers verlangt werden müssen.

Dieses immer geschuldet der Kreditfähigkeit des Betriebes, die eingeschränkt ist, solange das Thema Altschulden nicht verbindlich für die Banken geklärt ist.

Bei diesen lagern im übrigen nicht nur die 7 Milliarden Schulden aus Thüringen, sondern eben sämtliche Schulden aller neuen Länder, was man leicht hochrechnen kann. Dort lagern aber auch sämtliche Altschulden, die auf ähnliche Art und Weise entstanden sind, nämlich der Kommunen und öffentlichen Institutionen. Dieser Rechtsstreit steht noch aus, da es der Städte- und Gemeindebund ablehnt, diese Art von Pseudoschulden anzuerkennen. Die Doppelmoral ist nur, daß dieselben Städte und Gemeinden, die über ihren Städte- und Gemeindebund nun ablehnen, vorher ihre Kommunalen Wohnungsgesellschaften angewiesen haben, die Altschulden in bezug auf ihre Mieter der Kommunalen Wohnungsgesellschaften anzuerkennen.

Trotz dieser gigantischen Schuldenlast der Wohnungswirtschaft ist keine

einzigste Wohnung gleichgestellt dem sozialen Wohnungsbau Westdeutschlands mit den entsprechenden Mietbindungen.

Das Auslaufen der jetzt noch gültigen ostdeutschen Mietbindung wird dann bei Einführung von Vergleichsmieten zu erheblichen Mietsteigerungen führen, weil ja die „Altschulden“ bezahlt werden müssen.

Dazu kommt, daß 15% aller Wohnungen in den nächsten zehn Jahren zwangsweise verkauft werden müssen, d.h. neben Arbeitslosigkeit auch Wohnungslosigkeit?

Unter'm Strich wird es nicht nur die 275 Milliarden Schulden der Treuhand geben und den radikalen Ausverkauf des gesellschaftlichen Reichtums der ehemaligen DDR, sondern an den verschiedensten versteckten Stellen existiert aus unserer Sicht noch einmal eine genauso hohe Summe an Schulden, für die letztendlich ausschließlich nur der Bürger — und zwar in West und Ost — aufkommen muß. Insoweit FKK — eine Veranstaltung, bei der zumindest ein Teil der Beteiligten nicht besonders viel „auf der Naht“ haben konnte.

Bodo Ramelow ist Vorsitzender der Wohnungsgenossenschaft „Zukunft“ in Erfurt.

So sehen es andere . . .

In einem Teufelskreis

Wohnungsprivatisierung in Thüringen / Von Harald Lachmann

ERFURT, im Juli
Für das gotische Erfurt kam die Wende gerade noch rechtzeitig. Was von den historischen Straßenzügen nicht dem Zahn der Zeit erliegen wäre, sollte Baggern zum Opfer fallen. Schon gab es Konzepte, für eine neue Verkehrsader eine Bresche durch die Altstadt zu schlagen. Es galten die städtebaulichen Direktiven Ost-Berlins, wonach sich Neues vor allem am Rande etablieren sollte, derweil die Innenstädte verfielen. Heute nun stehen im Rathaus der Landeshauptstadt die Zeichen genau andersherum: Das gotische Erfurt soll neu erstehen. Koste es, was es wolle. Prestigeanierung, Vorzeigebjekte, Tummelplatz für Spekulanten — die Kritik an den ehrgeizigen Plänen der Stadtverwaltung ist schroff. „Man kann heute nicht das Gegenteil aus DDR-Zeiten betreiben: die Altstadt wieder aufbauen, und zugleich die Plattenbauviertel, in denen die Mehrheit der Erfurter lebt, verfallen lassen“, sagt der SPD-Wohnungsexperte Werner Griese. Er fordert das Geld zunächst für den Erhalt der dicht bevölkerten Betonquartiere. Diese prägen heute Erfurts äußeres Stadtbild.

In ganz Thüringen machen industriell gefertigte Häuserblöcke fast ein Drittel der 1,1 Millionen Wohnungen aus. Oft seien diese aber besser als ihr Ruf, von einer ostdeutschen Bronx kann für Griese jedenfalls nicht die Rede sein. Er spricht ihnen „eine normative Nutzungsdauer von 65 bis 70 Jahren und vermutlich noch mehr“ zu. Nur müsse eben zügig etwas getan werden für Zustand wie Lebensqualität der Wohnungen. Nicht zuletzt auch, weil diese Viertel empfindlich an einer schwachen Infrastruktur krankten. Zur Korrektur dieser Mängel plant die Erfurter Regierung für 1994 rund 43 Millionen DM ein. Immerhin besaß 1989, trotz des großen Neubaus, weniger als jede zweite Thüringer Wohnung Zentralheizung, jede vierte keine Innentoilette. Dusche oder Bad fehlten bei einem Sechstel. Die Opposition bezeichnet das Programm als „stiefmütter-

lich“ — gemessen an den Fördergeldern für die Wohnungsprivatisierung. Denn auf diesem Gebiet drehen sich Thüringens wie letztlich alle ostdeutschen Wohnungsunternehmen in einem Teufelskreis.

30 Milliarden DM Verbindlichkeiten lasteten 1989 auf den bislang staatlich verwalteten Wohnungen, die sich durch Zins und Zinseszins längst auf 50 Milliarden ausgewachsen. Zwar kappte Bonn mit seinem Altschuldenhilfegesetz die Ausstände je Quadratmeter auf ein Level von 150 DM, doch im Gegenzug zwingt es damit die Unternehmen, 15 Prozent ihres Bestandes zu verkaufen, vorzugsweise an die Mieter. Ein wenig realistisch Unterfangen, selbst in Thüringen, das mit seiner Wohneigentumsquote bereits die Spitze im Osten darstellt: 52 Prozent befinden sich in Privathand, ein Drittel davon eigengenutzt. Auch in den vergleichsweise komfortablen Plattenbauten zeigen sich derzeit nur sieben bis acht Prozent der Mieter kaufwillig. Nicht zuletzt die sichtliche Vernachlässigung dieser Viertel durch die Verwaltungen läßt ihnen zunehmend den Makel sozialer Herabwürdigung anhaften — ein denkbar schlechter Kaufanreiz. Viele können freilich nicht den nötigen Eigenanteil aufbringen, der an die Vergabe der Fördergelder geknüpft ist. Zumal seit 1994 die Privatisierungszuschüsse aus dem Aufschwung-Ost-Programm des Bundes wegfallen. Erfurt sprang zwar mit besagtem Förderprogramm ein, doch da diese Gelder über einen Zeitraum von zehn bis 15 Jahren gestreckt werden, erweisen sie sich als wenig attraktiv. Behindert wird der Wohnungsverkauf zudem durch strittige Besitzverhältnisse. Zudem stehen die zur Privatisierung verurteilten Unternehmen unter Zeitdruck. Denn, und damit schließt sich der Teufelskreis, auf ein Fünftel der Verkaufserlöse erhebt der Bundeserblasterfonds Anspruch — falls die geforderten 15 Prozent im ersten Jahr privatisiert sind. Im zweiten Jahr sind bereits 30 Prozent zu berappen, im dritten 40 und so weiter.

aus: „Tagesspiegel“, 31. Juli 1994

Der Sozialabbau löst kein einziges Problem

Thüringer PDS will eine starke Opposition für Veränderungen im Freistaat. Von D. Hausold



Die Kommunal- und Europawahlen haben für die Thüringer PDS einen deutlichen Aufwind in der Wählergunst gebracht. Selbst Mitglieder und Sympathisanten hatten solch günstige Ergebnisse kaum erwartet. Bei der CDU/F.D.P.-Regierung in Erfurt haben die PDS-Resultate allerdings eingeschlagen wie eine Bombe. Vogel und Co. wären sicher gut beraten, eine ernsthafte Ursachenforschung bezüglich der Wahlen vom 12. Juni zu betreiben. Allein, dazu scheinen sie nicht in der Lage. Etwas einschränken muß man diese Einschätzung zwar bezüglich der kritischen Haltung zu den Propagandavorschlägen aus der Bonner CDU-Zentrale nach dem „Rote-Socken-Prinzip“. Grundsätzlich ist den Thüringer CDU-Strategen das PDS-Wahlergebnis jedoch unverständlich bis in die Knochen. Sie sind daher offensichtlich nicht bereit, Ursachen in ihrer eigenen Politik zu suchen. Statt dessen versuchen sie jeden Tag erneut, den vorgeblichen Aufschwung herbeizureden. Die PDS setzt dem ihr Motto entgegen: Veränderung beginnt mit Opposition. Veränderungen scheint die Erfurter Regierung aber mindestens so zu fürchten wie das Politbüro der SED.

Soweit zur Ausgangssituation. Was viele Thüringerinnen und Thüringer bewogen hat, PDS zu wählen, dürfte jedoch nicht zuletzt mit den Forderungen und Vorschlägen dieser Partei zusammenhängen. So hat die PDS in Thüringen bei vielen Gelegenheiten deutlich gemacht, daß sie für die Herstellung einer tatsächlichen kommunalen Selbstverwaltung eintritt. Diese Prämisse findet sich jetzt auch im Landtagswahlprogramm wieder. Die längst fällige Neuordnung der Kommunal Finanzen sowie der Erhalt bzw. die Mehrung des kommunalen Eigentums als wichtige Voraussetzung für ein eigenverantwortliches Wirtschaften sind landesweites Wahlziel. Diese Vorschläge finden bei zahlreichen Kommunalpolitikern verständlicherweise offene Ohren. Zumal die PDS auch Wege aufzeigt, wie derartige Vorstellungen Realität werden können. Zum Beispiel, indem ehemals volkseigene Flächen grundsätzlich den Kommunen übertragen werden und diese ihnen so als kostengünstiges Bauland für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stehen. Landesregierung und Treuhand hatten auf dieser Strecke bisher wenig erfreuliches zu bieten.

Allein die Situation beim Wohnungsbau sowie die Mietentwicklung genügen vielen Menschen zur Begründung eines alternativen Votums. Übrigens: Die Ergebnisse für SPD, PDS sowie Bündnis 90/Die Grünen bei den Kommunal- und Europawahlen haben nicht mehr und nicht weniger besagt als die Tatsache, daß die CDU keine Mehrheit mehr im Lande hat. Es wäre vielleicht für Herrn Vogel angesagt, daraus die politischen Konsequenzen zu ziehen, anstatt im Verein mit dem Kanzler gegen angeblich PDS-gestütztes Rot-Grün

in Magdeburg zum Sturm zu blasen.

Doch zurück zu den Fakten: Wohnungspolitik gehört für die PDS zu den Schwerpunkten ihres Wirkens in Thüringen. In den vergangenen vier Jahren haben viele Kreisverbände und kommunale Fraktionen der Partei dazu Aktivitäten entwickelt. In Erfurt, Gera, Altenburg und weiteren Orten wurden Bürgerbegehren zu einem Mietstopp durchgeführt. Obwohl die erforderlichen Unterschriften dazu erreicht wurden, wiegelten die örtlichen Verwaltungen mit Schützenhilfe aus Erfurt die Initiativen überall ab. In Gera wurden immerhin 11000 Unterschriften für die Durchführung eines Bürgerbegehrens erreicht. Die Führungsspitzen von CDU und SPD rechneten der PDS danach bei den nächsten Wahlen 25 Prozent aus. Die Geraer PDS konnte diese Vorhersage sogar noch etwas überbieten. Was die beiden großen Bundesparteien jedoch bisher nicht vermochten, ist ein Kurswechsel in Sachen Wohnungspolitik. Dies ist nicht nur in Gera so. Die Vorschläge im Landtagswahlprogramm zur Streichung der Altschulden, für ein Programm des sozialen Wohnungsbaus, für zehnjährigen Kündigungsschutz bei in Eigentumswohnungen umgewandelte Mietwohnungen oder zur unbürokratischen Vergabe von leerstehendem Wohnraum haben also nach wie vor dringende Berechtigung. Die PDS ist in Thüringen im Prinzip die einzige Partei, die davon ausgeht, daß Wohnungen kein Marktobjekt schlechthin sein können. Sie betrachtet Wohnen zu sozial gerechtfertigten Preisen als Menschenrecht.

Größtes Thema der öffentlichen Diskussion im Lande ist wohl die Arbeitslosigkeit beziehungsweise ihre Bekämpfung. Während die Landesregierung weiterhin auf das „Konzept“ der Selbstheilungskräfte des Marktes setzt, will die Thüringer PDS Arbeitsplätze schaffen, indem produzierendes Gewerbe tatsächlich gefördert wird und die Aushöhlung des Landes durch Marktführer, Banken und Versicherungen beendet wird. Die Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe über eine bevorzugte Vergabe öffentlicher Mittel an ortsansässige Betriebe, eine Investitionsverpflichtung für nicht produktiv angelegtes Kapital, die Wiederbelebung der Wirtschaftsbeziehungen zu Osteuropa, der Erhalt landwirtschaftlicher Arbeitsplätze durch die Streichung von Altschulden nicht genutzter Produktionsanlagen, die spezielle Förderung von Produktionsstätten der Umwelttechnik und Technologie sowie eine breite Erweiterung von Arbeitsplätzen im sozio-kulturellen Bereich sind wichtige wirtschaftspolitische Zielstellungen zu den Wahlen am 16. Oktober.

Der PDS-Landesverband Thüringen tritt darüber hinaus für eine sozial gesicherte Selbstbestimmung in gleichberechtigtem Miteinander — statt Privatisierung des gemeinsam geschaffenen Reichtums — ein. Diese Auffassung schließt unter anderem ein gleichbe-

rechtigtes Miteinander der Geschlechter, Generationen und Kulturen ein und fordert ein Gleichstellungsgebot für Frauen und Männer in der Landesverfassung. Für alle Thüringerinnen und Thüringer strebt die PDS eine soziale Grundsicherung ohne die entwürdigende Bedürftigkeitsprüfung an. Was die Verfassung betrifft, so sollen in ihr nach den Vorschlägen der Partei Kinder- und Jugendrechte gesondert verankert werden.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß Thüringens PDS die am 16. Oktober ebenfalls mit zur Abstimmung stehende Landesverfassung ablehnt. Das „Nein zu dieser Verfassung“ begründet die Partei mit einem durchgängigen Demokratiedefizit dieser Verfassung. Vor allem nimmt der Entwurf der Regierungsparteien jeder direkten Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen von Tragweite die Chance.

Die Hürden etwa für ein Bürgerbegehren sind so hoch gelegt, daß Verbände, Organisationen und Bürgerinitiativen kaum eine reale Möglichkeit besitzen, die erforderlichen Unterschriften zu erhalten. Ein entsprechendes Begehren des DGB zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen wird letztlich auch an diesen Hürden scheitern.

Thüringens PDS sieht sich dabei nicht allein als Kritikerin bezüglich der weiteren Gestaltung unserer Demokratie. In ihrem Landtagswahlprogramm ruft sie zur Verteidigung der Demokratie auf. Sie fordert in diesem Zusammenhang eine konsequente Auseinandersetzung mit Rechtsradikalen und ihren Netzwerken. Gerade jüngste neonazistische Aktivitäten machen eine solche

Forderung erneut deutlich. Wobei dies stets nur die eine Seite der Angelegenheit ist. Dringend notwendig ist die sofortige Beendigung jeglicher Diffamierung des antifaschistischen Widerstandes, wie er gerade in den letzten Wochen unter dem Patronat der Bundesregierung geführt wurde.

Einen „gläsernen Landtag“ sowie größere Kontrollbefugnis des Parlaments sieht Thüringens PDS als unverzichtbar an.

Weiterhin vertritt sie die Aufhebung der 5-Prozent-Klausel und spricht sich für Anhörungspflicht und Antragsrecht von Betroffenenverbänden im Thüringer Landtag aus. Alles Forderungen, die die PDS als eine demokratische Partei auf dem Boden des Grundgesetzes ausweisen.

Doch, inhaltliche Auseinandersetzung mit der PDS ist seitens der Bonner Parteien auch in Thüringen zwar ständig angekündigt, doch eigentlich nicht praktiziert. Es darf angenommen werden, daß sie überhaupt nicht gewollt ist. Die Inhalte, denen sich die PDS in ihrem Landtagswahlprogramm annimmt, sind jedenfalls Themen, die viele Menschen im Lande bewegen, die ihre Sorgen ausmachen. Sie gehören auf den Tisch der Gesellschaft. Es ist deshalb nicht damit getan, der PDS Populismus vorzuwerfen. Niemand verbietet CDU und SPD, sich dieser brennenden Fragen selbst anzunehmen. Dazu ist allerdings Wille zu Veränderungen vorausgesetzt. Wie sich zeigt, braucht es dazu vor allem eine möglichst starke Opposition.

— (Dieter Hausold ist Kreis- und Fraktionsvorsitzender der PDS in Gera)

Bürgermeister darf sein Amt nicht ausüben

Königstein/Sächsische Schweiz. Mit über 65 Prozent der Stimmen wurde in Königstein der auf Betreiben seiner bisherigen Partei, der CDU, wegen Stasi-Vorwürfen aus dem Amt geworfene Bürgermeister Rudolf Maiwald wiedergewählt. Doch bald darauf übergab ihm ein Vertreter des Landratsamtes Pirna die schriftliche Anordnung: „Ihnen wird verboten, die Dienstgeschäfte als Bürgermeister der Gemeinde Königstein weiterzuführen.“ Bis zum Ende der „Prüfung der Wählbarkeit“ habe Maiwald das Amt zu verlassen.

Gleichzeitig liegt beim Bundesverfassungsgericht die Verfassungsbeschwerde mehrerer Kommunal- und Landespolitiker der PDS gegen das umstrittene sächsische Beamten- und Kommunalwahlgesetz, auf dem diese Entscheidung fußt.

Im Vorfeld der Wahl war in Mittweida und Görlitz versucht worden, PDS-Kandidaten für das Amt des Stadtoberhauptes wegen ihrer politischen

Vergangenheit von der Wahl auszuschließen. Nach öffentlichem Protest wurde die Entscheidung der örtlichen Wahlausschüsse erstmals korrigiert.

In einem Schreiben an alle Stadt- und Gemeindeverwaltungen, das der Zeitung *Neues Deutschland* zugespielt wurde, gab das sächsische Innenministerium zu diesem Thema die Devise aus: „Das Verhalten des Gewählten seit der Wiedervereinigung (3.10.1990) kann grundsätzlich nicht berücksichtigt werden.“ Wer zu DDR-Zeiten „in herausgehobener Funktion gemeindlicher Dienststellen oder Betriebe“ tätig war, habe als mutmaßlich ungeeignet, sprich nicht wählbar zu gelten.

In Königstein hat sich eine Bürgerinitiative gegen die Amtsenthebung gegründet, und der gewählte Bürgermeister Rudolf Maiwald wird Widerspruch gegen den Verwaltungsakt einlegen. Nach letzten Meldungen demonstrierten am 8. August 600 Personen in Königstein gegen die Amtsverweigerung für ihren Bürgermeister.

Quelle: „*Neues Deutschland*“, 4.8.94 — (sta)

Es wird gestrichen

Berliner Senat beschließt Haushalt 95/96

Viele hatten bei den Abgeordnetenhauswahlen Ende 1990 der CDU ihre Stimme gegeben in der Hoffnung, daß diese bei den anstehenden Finanzverhandlungen mit Bonn mehr Geld für den Berliner Haushalt herausholen könnte. Inzwischen drängt sich eher der Eindruck auf, daß es sich unter Parteifreunden leichter kürzen läßt.

Klar war, daß nach dem Anschluß der DDR ein Großberlin nicht mehr die Bundeshilfen erhalten würde, die ein Westberlin als „Schaufenster des Westens“ mitten in der DDR erhalten hatte. Schon bald begannen die Streichungen. Halbjährlich wiederholen sich inzwischen neue Horrormeldungen über zusätzliche Kürzungen durch Bonn bzw. die sich daran anschließenden Klausurtagungen des Senats. Inzwischen betragen die Bundeszuschüsse noch 5,625 Milliarden gegenüber 14,4 Milliarden 1991.

Neueste Kürzungen sowie der anstehende Doppelhaushalt 1995/1996 waren denn auch das Thema einer weiteren Klausurtagung, die diesmal schon vier Tage erforderte. Eine Liste von 65 Beschlußpunkten wurde erarbeitet. „Alle anwesenden Mitglieder des Senats stimmen durch Handzeichen einstimmig, ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen, dem Ergebnis der Klausurtagung des Senats zum ersten Berliner Doppelhaushalt 1995/1996 zu“ (alle Zitate und Angaben aus: *Beschlußprotokoll der Klausurtagung des Senats von Berlin zum Doppelhaushalt 1995/1996*).

Die Liste ist auf den ersten Blick eine unsystematisch aneinandergereihte Aufzählung verschiedenster Maßnahmen. Von der Erhöhung der Pachten für Kleingärten, der Gebühren für Friedhöfe und Krematorien, der Erhöhung des Schulessensgeldes bis zum Verkauf landeseigener Grundstücke und Sozialwohnungen, der Privatisierung von Kultureinrichtungen, der Erhöhung der Gewerbesteuer — für jeden was. Im Detail verbergen sich dahinter jedoch erhebliche sozialpolitische Verschärfungen. So sollen beispielsweise 30 Mio. DM pro Jahr durch eine kostengünstigere zentralisierte Unterbringung der Kriegsflüchtlinge eingespart werden, was nichts anderes als Kasernierung bedeutet und zusammen mit der beabsichtigten Rückführung Sinn macht. Oder mehrere tausend Sozialhilfeempfänger sollen Zwangsarbeit leisten — zur Abschreckung. Besonders betroffen von dem Maßnahmenkatalog sind jedoch

erneut die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Bereits 1992 wurde beschlossen, 25.000 Stellen bis zum Jahr 1997 abzubauen. Inzwischen wird von 35.000 bis 40.000 Stellen gesprochen, da man die 25.000 bereits Ende 1996 erreicht zu haben glaubt. Konkrete Einzelmaßnahmen sind z.B. der Abbau von 300 Stellen in Bibliotheken, von zusätzlich jährlich 40 Verwaltungsstellen in der Humboldt-Universität („Dies ist ggfs. auch unter Inkaufnahme von Kündigungen zu erreichen“), von zusammen 1500 Stellen Erzieher und Wirtschaftskräfte in Ostberliner Kitas. Ferner ist die Privatisierung weiterer landeseigener Einrichtungen (z.B. Gartenbauämter) geplant, nachdem die großen Eigenbetriebe wie Gasag und BVG bereits in eine neue Rechtsform überführt worden sind. Darüber hinaus will der Senat eine „Teilzeitoffensive“ fördern derart, daß alle frei werdenden Teilzeitstellen wieder besetzt werden können, jedoch nur jede 3. Vollzeitstelle. Und weil dies alles noch nicht reicht, wird für 1995 über die bereits gefaßten Beschlüsse hinaus eine pauschale Minderausgabe von 120 Mio. DM, 1996 von 200 Mio. DM Personalausgaben festgelegt.

Erstmals hat der Senat auch eine Erhöhung der Gewerbesteuer beschlossen. Sie wird von gegenwärtig 300 Punkten auf 340 Punkte heraufgesetzt, allerdings erst ab 1996 und mit der Zusage, daß diese für die gesamte folgende Legislaturperiode, also bis Ende 1999, nicht weiter erhöht wird. Dies bringt immerhin 220 Mio. DM. (Würde der Senat den Hebesatz auf das Niveau von Hamburg mit 450 Punkten festlegen, so könnten er Mehreinnahmen von rund 850 Mio. DM erzielen.) Für diese „ruinöse“ Belastung erhält das Berliner Gewerbe dafür bereits ab nächstem Jahr eine Senkung des Stromtarifs von 5%, wie öffentlich gefordert.

Die Opposition gegen diese Haushaltspolitik ist schwach. Wirklich Neues und Anderes ist nicht zu hören. Und nicht zuletzt gibt Bonn einen guten Buhmann ab. Widerstand gegen konkrete Maßnahmen ist vorhanden und die Mobilisierung unter den jeweils Betroffenen hoch. Der Widerstand ist jedoch zersplittert. Dies zeigt sich beispielsweise daran, daß die Initiative für ein Volksbegehren zur Abwahl des CDU/SPD-Senats zwar knapp, aber eben gescheitert ist. — (har)

PDS-Fraktion: Haushalt zu Lasten der sozial Schwachen

Die Beschlüsse des Senats zum Entwurf des Doppelhaushaltes 1995/96 sind ein weiteres erschreckendes Dokument der Versäumnisse der Großen Koalition seit Beginn der Legislaturperiode...

Der Doppelhaushalt 1995/96 ist ein Haushalt der Erhöhung von Tarifen, Gebühren und Mieten zu Lasten der sozial Schwachen, des weiteren Kaputtsparens der BVG und der Demontage des sozialen Wohnungsbaus und der Verschlechterung großer Teile des kommunalen Wohnungsbestandes. Dies alles findet statt, ohne auch nur den Ansatz eines Weges zur finanziellen Konsolidierung des Landeshaushaltes zeigen zu können: Am Ende der Legislaturperiode wird der Senat einen Schuldenberg in Höhe von 49,9 Mrd. Mark hinterlassen und jährliche Zinsbelastungen in Höhe von knapp drei Mrd. Dies entspricht den den Ressorts Soziales, Jugend, Gesundheit und Schule zusammen zur Verfügung stehenden Mitteln. Die Hauptstadt-, Olympia- und Metropolengigantomanie hat einen Preis, und den will der Senat mit Schulden bezahlen.

Wie schon mit dem Haushalt 1994 verfehlt der Senat auch im Haushaltsjahr 1995 die in der mittelfristigen Finanzplanung selbst gesetzte Obergrenze der Nettoneuverschuldung drastisch: Mit 6,75 Mrd. DM übersteigt sie die Zielvorgabe der mittelfristigen Finanzplanung wie schon im Vorjahr um satte 2 Mrd. DM. Wiederum überschreitet die Nettoneuverschuldung wie schon in den beiden Vorjahren bei weitem die Summe der Investitionen und damit die verfassungsmäßig zulässige Höchstgrenze der Verschuldung diesmal um 550 Mio. DM. Dies wiegt um so schwerer, als der Haushalt 1995 bisher nur auf dem Papier gedeckt ist. Nicht hinnehmbare pauschale Minderausgaben in Höhe von einer Mrd. DM, die im Rahmen des Haushaltsvollzuges eingespart werden sollen, und fiktive Rechnungen, wie 240 Mio. DM Einnahmen aus den Bundesmitteln für den Kulturhaushalt, sind Ausdruck der mangelnden Solidität des Haushaltes und programmieren einen Nachtrag vor...

Presseerklärung der PDS-Fraktion



„Beschuß Nr. 4: ... Sofern die Grundlage der Beschlüsse der Innenministerkonferenz nicht verlassen wird, können im Laufe des Jahres 1995 bis 2500 und im Laufe des Jahres 1996 bis zu 3000 Kriegsflüchtlinge zurückgeführt werden ... Durch die beschleunigte Rückführung sollen im Jahr 1995 weitere 90 Mio. DM sowie im Jahr 1996 120 Mio. DM erspart werden.“ (Bild: Demonstration am 15. 7. 94)



Erfolgreicher Warnstreik der Erzieherinnen am 8. 7. gegen die Erhöhung der Gruppenstärke. 900 Kitas in 20 Bezirken beteiligten sich. Stattdessen faßte der Senat folgenden „Beschuß Nr. 13: Da die Geburtenentwicklung in den östlichen Bezirken rückläufig ist, werden in den dortigen Kindertagesstätten im Jahr 1995 40 Mio. DM und im Jahr 1996 90 Mio. DM bei den Personalausgaben ... weniger benötigt. SenJugFam wird für 1996 eine Teilzeittätigkeit für den Bereich der Kindertagesstätten vorbereiten.“



Protest gegen erste Auswirkungen der Sparmaßnahmen: Wegen gekürzter Zuschüsse an die BVG kündigte diese an, die verbilligte Seniorenkarte ab 1995 abzuschaffen. „Graue Panther“ demonstrierten daraufhin am 1. 8. vor der BVG-Zentrale. Aufgrund der vielfältigen Kritik wird jetzt nach Alternativen gesucht.

Berlin: „Diensttagsgespräch“ und braune Connections im Innensenat

Eine Untersuchung aus Anlaß des „Fall Bonfert“ u.a.

Fast hätte der Berliner Innensenator Heckelmann abtreten müssen, hätte sich die SPD nicht auf einen der faulsten aller faulen Kompromisse eingelassen. Der Hintergrund des Skandals: Die regelmäßige Teilnahme von Heckelmanns Pressesprecher Bonfert am „Diensttagsgespräch“, einer schwarz-braunen Runde, zu deren Organisator Hans-Ulrich Pieper er innigsten Kontakt unterhält. Entsprechende Verfassungsschutzberichte sollten beim Innensenator vernichtet werden. Dies ging einem seiner Untergebenen wohl zu weit, so daß er die Unterlagen der Presse zuspielte. Die braunen Verstrickungen des Pressesprechers Bonfert flogen auf. Die SPD stellte einen Mißtrauensantrag gegen Heckelmann, zog ihn aber zurück. In besagtem Kompromiß ließ sie sich damit abspesen, daß Heckelmann die Befugnisse über den Verfassungsschutz an Diepjen abtreten mußte und Bonfert versetzt wurde.

Staatsschutz als Informationszuträger für Rechtsradikale der Diensttagsrunde

Das „Diensttagsgespräch“, eine brisante „Auswahl von Kapital und Intelligenz der rechten Szene“, wurde vom Verfassungsschutz beobachtet. An ihr nahmen regelmäßig ca. 80 Personen teil, darunter maßgebend eine Reihe von bisher noch namentlich ungenannten „Angehörigen der Zeitung *Junge Freiheit* (JF) und „mehrere Mitglieder der Republikaner“. Bonfert pflegte auf diesen Treffen Verbindungen zu den Machern der JF. Sie übergaben ihm Unterlagen zur „Sicherheit“ ihres „Verlages“, mit der Bitte um „kurzfristige Kontaktherstellung zur Besprechung der Lage mit dem Innensenator.“ Aufgrund dieses Kontaktwunsches sahen sich die anwesenden Beamten bei der Diensttagsrunde wohl veranlaßt, die JF-Macher über alle sie betreffende Geschehnisse zu unterrichten: „Mit den Mitarbeitern der *Jungen Freiheit* wurde ein kurzes Gespräch geführt, in dem ich sie auf die Zeitung *Konkret Extra* hinwies. In dieser Ausgabe wird umfangreich über die *Junge Freiheit* berichtet.“, schreibt einer der dienstfertigen Beamten in seinem Bericht über das „Diensttagsgespräch“. Stimmt, in der genannten *Konkret* ist wirklich etwas interessantes veröffentlicht: In einem längeren Beitrag wird belegt, daß sich in der „Redaktionsmannschaft“ der JF „Neonazis, Salonfaschisten, CDU-Rechtsaußen und Geschichtsfälscher ein fröhliches Stelldichein“ geben.

Fall Kaindl: Faschisten bestens informiert...

Es wird deutlich, wie weit die Kooperation von Staatsschützern und Faschisten gediehen ist. Dies läßt weitere Schlußfolgerungen zu, in welchem Umfang der Staatsschutz sich auch in anderen Fällen als Wasserträger der Rechtsradikalen ansieht. Dies ist auch im Zusammenhang mit dem sogenannten Fall Kaindl interessant. Im April 92 sitzen in Neukölln in einem China-Restaurant Vertreter der neofaschistischen „Deutschen Liga“ (DL) mit Thorsten Thaler und Carsten Pagel zusammen. An diesem Abend kommt es zu einer Auseinandersetzung zwischen mehreren AntifaschistInnen und den dort anwesenden Funktionären aus dem neofaschistischen Spektrum. Kaindl, Funktionär der Deutschen Liga stirbt an Verletzung-

gen durch mehrere Messerstiche. Der Staatsschutz konstruiert daraus einen geplanten und gemeinschaftlich begangenen Mord.

Seit Herbst '92 ist festzustellen, daß die DL bestens über den Stand der Ermittlungen informiert ist. So ist in ihrem Blatt im Oktober '92 zu lesen, „die Ermittlungsbehörden“ hätten herausbekommen, daß der „Überfall im April durchaus keine spontane Aktion“ war und „die Polizei hätte inzwischen die acht Täter ermittelt“. Einer der Anwesenden, das ehemalige DL-Mitglied Thorsten Thaler äußerte sich gegenüber der taz vom 23. November 93, daß ihm bei einer Vernehmung eine Karteikarte mit Bild einschließlich personenbezogener Daten über einen mutmaßlichen Täter vorgelegt wurde.

... Innensenat alles „nicht bekannt“

Im Januar 94 wird von der Fraktion Bündnis 90/Grüne/UFV zu diesen Vorgängen eine Anfrage im Abgeordnetenhaus gestellt: In der Antwort vom 14.2.94 heißt es, daß es dem Senat „nicht bekannt“ sei, wie die Faschisten im Umfeld der DL zu „diesen Behauptungen kommen“. Dies betrifft die genauen Kenntnisse über den Stand der Ermittlungen.

Eine Befragung der Beamten, die Thaler personenbezogene Daten vorgelegt hatten, wird natürlich erst nach der Anfrage im Abgeordnetenhaus durchgeführt. Diese haben dies selbstverständlich „verneint“. Es bleibt also weiterhin ungeklärt, wer aus dem Innensenat die Informationen an die DL bzw. ihr Umfeld weitergegeben hat. Dazu kann aber jetzt festgestellt werden, daß Pagel und Thaler (ehemals DL-Mitglied) bis zum Jahresende 93 das Redaktionsteam für die „Hauptstadtseite“ der JF bildeten!

Pieper: schon 1970 rechtsradikaler Aktivist

Der Organisator der Diensttagsrunde, Hans-Ulrich Pieper ist seit über 20 Jahren im rechtsradikalen Spektrum aktiv und bekannt. So war „Hans-Ulrich Pieper, als Funktionär des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“ schon 1970 beteiligt, als Rechtsradikale SPD Veranstaltungen aufmischten. Diese Aktionen richteten sich gegen die Ostverträge, die Pieper auf einer dieser Aktionen die Durchsetzung des „Wildwestrechtes“ nannte. Einer, der schon damals die Fäden zog, ist der heutige Landesgeschäftsführer der Republikaner in Berlin, Sven Thomas Frank.

Pieper ist dem Spektrum der sogenannten Neuen Rechten zuzuordnen, die sich parteipolitisch zwar abstinenz halten, dafür aber in verschiedenen Zirkeln und Gesprächskreisen tätig sind. So hat Pieper zwar für die Republikaner in München kandidiert, reagiert aber sofort mit Gegendarstellungen, wenn er in der Presse als REP-Mitglied bezeichnet wird. Dies ist eine Strategie, die gerade im Umfeld der Zeitung *Junge Freiheit* (JF) seit einigen Jahren praktiziert wird. Und so wird die Diensttagsrunde dann auch in der JF angekündigt: „Nach dem Vorbild der Düsseldorfer Herrenrunde(!) hat sich in Berlin das Diensttags-Gespräch etabliert, ein Kreis von Führungskräften aus Wirtschaft und Medien“, für das Pieper als Kontaktperson angegeben wird. Die Düsseldorfer Herrenrunde gruppiert sich um Prof. Dr. Carl Zimmerer, Geschäftsfüh-

rer der Unternehmensvermittlung Interfinanz, der auch als Referent bei der Diensttagsrunde in Berlin auftrat. Er ist seit mehreren Jahren Förderer der JF und sprach sich dort in einem Interview unverhohlen für die Einrichtung von Arbeitslagern für Obdachlose aus.

Pieper: beständiger Autor in der „neu-rechten“ Presse

Eine Ankündigung der Berliner Diensttagsrunde erschien auch in der „neu-rechten“ Theoriezeitschrift *Criticon*, in der seit Anfang der 70er Jahre von Pieper Beiträge veröffentlicht werden. So wird in einem mehrseitigen Artikel in der *Criticon* Nr. 56 des Jahres 1979 unter der Überschrift — „Wie sozialistisch waren die Nationalsozialisten wirklich? Der linke Flügel in der NSDAP“ — von ihm der Versuch unternommen, dem Strasser-Flügel sozialistische Ideale anzudichten. Die verschiedenen Beiträge in *Criticon* machen deutlich, daß Pieper ein Insider im schwarz-braunen Sumpf ist.

Pieper und seine Verstrickungen im braunen Sumpf

Hier schließt sich ein weiterer Kreis im braunen Netzwerk. Pieper „verkehrt“ bei der „Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft, die halbjährlich ihre Wochenendtagungen als „Denkfabrik Europa der Völker“ in Berlin — mit einem persönlich geladenen Kreis — durchführte. Deren Chefideologe ist der ehemalige '68-SDS-Aktivist in Hamburg, Dr. Reinhold Oberlercher. Er formulierte für die „Denkfabrik“ die Konzeptpapiere. U.a. ein „Programm der Reichsdeutschen Bewegung“ oder einen „Reichsverfassungsentwurf“; sie verfolgen das Ziel, hier autoritär/faschistoide Gesellschaftsverhältnisse durchzusetzen. Die außerdem von Pieper genannten Sander und Simon finden sich ebenfalls als Referenten bei der „Denkfabrik“ wieder. Die letzte bekannte Tagung am 1. Mai 93 wurde von „engagierten AntifaschistInnen verhindert“. Einlaß zu diesem Meeting begehrt auch die Berliner Nazi-Funktionäre Frank Schwerdt und Christian Wendt.

Piepers Verstrickungen im braunen Sumpf werden sonnenklar anhand seiner „aktenkundigen“ Teilnahme an einer Veranstaltung des „Bildungswerk von Fallersleben“, die auch von „bekannten Neonazis besucht“ wurde. Dieses „Bildungswerk“ ist in Berlin eine zentrale Schaltstelle zwischen bekennenden Nationalsozialisten und sogenannten Konservativen.

Insgesamt wird deutlich, daß die Strukturen in der Braunzone von staatlicher Seite nicht nur gedeckt werden, sondern — wie mit dem Fall Bonfert nachvollziehbar — mit deren Drahtziehern kooperiert wird. Die stehen nicht isoliert da, sondern können Vertreter der „Elite“ aus Wirtschaft und Medien einbeziehen. Und gewiß auch einbinden, wäre, wie im Fall der Diensttagsrunde die ganze Sache nicht aufgefliegen. Da Heckelmann weiter in Amt und Würden steht, werden die dunklen Kanäle über die die braunen Connections in seinem Hause führen, nicht ans Tageslicht gelangen. — (hga)
(Von d. Red. gekürzt. Der vollständige Text sowie eine Übersicht über Teilnehmer der „Diensttagsgespräche“ ist in den „Antifaschistischen Nachrichten“ dokumentiert.)

TERMINE

18.8. Kundgebung am Ernst-Thälmann-Denkmal in Berlin, Prenzlauer Berg, 17.30 Uhr, mit Irma Gabel-Thälmann, Esther Bejarano, Jupp Angenfort. Aufruf: DKP, Arbeiterbund, VVN u.a.

3.9. Blumen für Stukenbrock. Gedenkfeier anlässlich des Antikriegstages 1994, Kranzniederlegung um 15 Uhr. Redner: Jan Niemöller u.a.

11.9. Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen

25.9. Landtagswahlen in Bayern

16.10. Bundestagswahl, Landtagswahl Thüringen, Kommunalwahl NRW

22./23.10. Herbstkonferenz der BDK des BWK in Köln

26./27.11. Jahrestagung — Arbeitskonferenz der Volksfront und a.o. Bundeskongreß zur Beschlußfassung über den Satzungsentwurf. Köln, Jugendherberge Köln-Deutz.

5.—8.1.95 Linke Winterschule in Schnepfenthal, Thüringen.

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmallee 24, 22767 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Werner Thümmel (über GNN, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221/246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Konto Nr. 10419-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement kostet 65,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 39,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/381393, Fax: 040/3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511/3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/5026541, Fax: 089/5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204/65711, Fax und Dat.-Tel. 034204/65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532.

DOKUMENTIERT

Magazin „Report“ München, 25. Juli

„Demo in München. RAF-Sympathisanten haben mobil gemacht. Ihre Forderung: Freilassung der inhaftierten RAF-Terroristen. Aktionen und Kampagnen gegen die angebliche Isolationsfolter an RAF-Terroristen sind das Herzstück des politischen Kampfes des sogenannten RAF-Umfeldes. Transportiert werden die Legenden von angeblichen Menschenrechtsverletzungen gegen die RAF-Häftlinge in Broschüren und Dokumentationen, die bundesweit tausendfach verteilt werden, wie zum Beispiel das sogenannte *Angehörigen-Info*.“

Als Dienstleistungsunternehmen für solche linksextreme Postillen hat sich seit langem die Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, GNN, spezialisiert.

Von *Antifaschistischen Nachrichten* über das *RAF-Angehörigeninfo* bis zum PKK-freundlichen *Kurdistan-Rundbrief* produzieren die GNN-Verlage tonnenweise linksextremes Schriftgut und sind regelmäßig im Verfassungsschutzbericht erwähnt. Kein Wunder, steckt doch hinter der GNN der Bund Westdeutscher Kommunisten, eine linksextreme revolutionär-kommunistische Gruppierung.

Köln, Zülpicherstr. 7. Ein Sitz der GNN. Hier wird eine neue Phase linker Politik in Deutschland eingeleitet. Das Klingelschild enthüllt, daß hier die als verfassungsfeindlich eingestuften Organisationen GNN, Bund Westdeutscher Kommunisten und die linke Volksfront ihr Büro mit der PDS teilen.

Die Zusammenarbeit ist nicht nur organisatorisch, sondern auch politisch. Gemeinsam wird in Köln linke Politik gemacht. BWK, Vereinigte Sozialistische Partei, Volksfront, DKP und PDS geben die linken *Kölner Lokalberichte* heraus und treten zusammen als „Linker Dialog“ Köln auf. Der Kölner PDS-Sprecher sitzt gleichzeitig im Bundesvorstand des BWK. Und auf der Titelseite des im GNN-Verlag erscheinenden BWK-Blattes *Politische Berichte* darf PDS-Größe Modrow gegen die Bundesrepublik herziehen. Die Westkommunisten umschmeicheln ihre einstige Führungspartei aus dem Osten. Der linksextreme BWK hat sich inzwischen auch formal in die PDS eingegliedert. Zitat: „Mitte November 1993 gründeten BWK-Mitglieder in NRW die Arbeitsgemeinschaft Bund Westdeutscher Kommunisten in der PDS Linke Liste Nordrhein-Westfalen: Der BWK-Landesverband Nordrhein-Westfalen und die PDS Linke Liste Nordrhein-Westfalen erheben gegen die Gründung keine Einwände.“

Für den französischen Politologen Patrick Moreau, der die PDS seit ihrer Gründung wissenschaftlich untersucht, ist die Reorganisation der extremen, verfassungsfeindlichen Westlinken in der PDS keine Überraschung: „Es wird immer deutlicher, daß die PDS im Westen die Rolle eines Staubsaugers übernimmt, in der sie sämtliche linksradikale und linksextreme Kräfte um sich sammelt. Dabei kann man Gruppen wie den Bund Westdeutscher Kommunisten, die Vereinigte Sozialistische Partei und vor allem die DKP beobachten. Alle diese Parteien versuchen Kontakte, und die sind schon bei der PDS eingegliedert, und versuchen natürlich von der Finanzstärke und von der Organisationsfähigkeit der PDS zu profitieren. Meiner Meinung nach ist das der Beginn einer neuen schlagkräftigen Volksfront oder Linksfront, wie man will.“

Im Rahmen dieser Linksfront orientieren sich auch linksextreme Einzelpersonen hin zur PDS. In der sozialistischen Zeitung *SOZ* der Vereinigten Sozialistischen Partei schreibt unter ande-

rem Heike Krause aus Köln.

Sie ist laut Artikel die Rechtsanwältin der berüchtigten RAF-Terroristen Christian Klar und Rolf-Clemens Wagner. Mit Hilfe der PDS wagt sie nun den großen Sprung. Die Anwältin, der Terroristen als Kämpfer für die Menschenwürde gelten, kandidiert in Köln für den Bundestag: auf der Liste der PDS.

Kurden-Demo in Hannover. Anlaß: Der Tod eines jungen Kurden. Die Demo: Ein Werbefestival für die verbotene Terrororganisation PKK. Angemeldet und organisiert wurde der Aufmarsch von Rolf Köhne. Zitat Antrag: „Der Veranstalter und Versammlungsleiter, Herr Köhne, ist Mitglied des Landesvorstandes Niedersachsens der PDS.“

Im PKK-unterstützenden *Kurdistan-Rundbrief*, gedruckt und vertrieben von einem GNN-Verlag des Bundes Westdeutscher Kommunisten, wird die Demo gebührend zitiert: „Per Tonband konnte sich PKK-Generalsekretär Öcalan ebenfalls direkt an die Teilnehmer wenden.“ PDS-Funktionäre als PR-Helfer einer verbotenen blutigen Terrorvereinigung.

Nicht nur das Verhältnis von Teilen der PDS zu RAF-Umfeld und PKK läßt aufhorchen. Auch der Umgang mit den mehreren Tausend gewaltbereiten Autonomen ist in der PDS kein Tabu.

Die Autonomen, hier bei einer Demo in Göttingen, sind eindeutig verfassungsfeindlich und gewaltbereit. Dennoch gibt es PDS-Funktionäre, die Autonome als Kampfgenossen gegen den Faschismus akzeptieren. Zitat: „Da werden wir auch künftig mit jugendlichen Antifa-Gruppen, Kirchenvertreterinnen und mit Autonomen zusammengehen.“ Roland Claus, PDS-Landesvorsitzender von Sachsen-Anhalt.

Autonome sind Gesprächspartner auf offiziellen PDS-Veranstaltungen. So fand im Mai beispielsweise unter dem Motto „Ob friedlich oder militant, wichtig ist der Widerstand“, eine sogenannte Widerstandskonferenz in Strausberg statt, veranstaltet von der AG Junge GenossInnen, der Jugendorganisation der PDS. Auszüge aus dem von der PDS mitfinanzierten Programm: „Arbeitsgruppen, Gewalt und Widerstand, praktischen Widerstand organisieren.“ Das *Neue Deutschland* über den Kongreß: „Brandenburger PDS-Politiker wie der Stellvertretende Fraktionschef Heinz Vietze waren ebenso unter den Teilnehmern wie Vertreter der Autonomen Antifa, der Hausbesetzerszene und die erst vor vier Monaten aus langjähriger Haft entlassenen RAF-Unterstützerinnen Sigrid Happe und Gabriele Hanka.“

Linksradikale und RAF-Sympathisanten diskutieren unter anderem mit PDS-Abgeordneten über Gewalt und Widerstand. Es sind nicht nur Außenseiter, die sich in der PDS mit der Gewaltfrage beschäftigen.

Angela Marquardt, Mitglied im PDS-Bundesvorstand, zuständig für Jugend- und Bildungspolitik, über Gewalt:

„Hinter dem Slogan, ‚Ob friedlich oder militant, wichtig ist der Widerstand‘ gibt es für mich kein Fragezeichen mehr. In einer Zeit, wo wir uns die Mittel unseres Widerstandes nicht mehr aussuchen können, ist es für meine Begriffe sinnlos, ständig neu über die Gewaltfrage zu diskutieren. Wir entscheiden eh nicht mehr über unsere Mittel des politischen Widerstandes. Und wer gewaltfrei proklamiert, ist meiner Meinung nach blauäugig.“ Arbeitsteilung in der PDS: Kontakte zur linken Extremistenszene, gedeckt von den Biedermännern Gysi und Bisky.“

(Redakteur: Holger Lösch)

Eine rechte Front

Attacken von „Focus“, „Report München“ u.a.

Seit den Wahlerfolgen der PDS tastet die bürgerliche Strategiediskussion die Partei ab. Man sucht Angriffsflächen. Der Ansatz, die PDS in eins zu setzen mit den Kräften der staatstragenden Repression, der politischen Erstarrung der DDR, hat versagt. Allzudeutlich wird, daß die Partei sich aus den politischen Strömungen speist, die zu einer umfassenden Neugestaltung der DDR bereit waren. Diese Strömung im sozialistischen Denken konnte sich mit den Massenbewegungen, die die Aufhebung des bisherigen Zustandes wollten, nicht verbinden, sie stand ihnen aber auch nicht frontal gegenüber, sondern gesprächsbereit, Stichwort „Runde Tische“. Könnte die PDS nicht auf solche politischen Erfahrungen zurückgreifen, so wäre es wohl möglich, die Partei durch Vorhalt ihrer Geschichte kaputtzukriegen. Sie könnte als Vereinigung von Leuten vorgeführt werden, die früher alles, und auch noch das Schlimmste, zu rechtfertigen wußten und heute alles, auch noch das Beste, mies machen.

Die bürgerliche Strategiediskussion zielte darauf, der PDS, betrachtet als breite Strömung im Fluß der öffentlichen Meinung der Bundesländer im

Osten, die Waffe der Kritik aus der Hand zu schlagen. Kritik setzt ja die Wahrhaftigkeit derer voraus, die sie führen.

Nachdem dieser Angriff an Kraft verloren hat, wird nun eine zweite Front eröffnet. Vielleicht wegen ihrer Fähigkeit zur Kritik hat die PDS im Osten wie auch im Westen Kräfte zusammengeführt, die sich unter den alten Doktrinen von Vereinheitlichung, Führungsanspruch mit dem Ziel der wechselseitigen Ausschaltung bekämpfen mußten. Die großen Parteien in den alten Bundesländern erreichen eine Verbindung von pluralistischer Orientierung und diktatorischer Realität („Chefsache“) im wesentlichen dadurch, daß die Organisation der abweichenden Meinung innerparteilich ausgeschlossen wird. Die Äußerung der Meinung kann dem einzelnen pluralistisch zugestanden werden, wenn der Bildungsprozeß der Meinung nach der bekannten Chef-Methode geregelt ist.

Auch die Grünen konnten diesem Ärgernis des Parteilebens nicht entkommen. Rotation, Basisdemokratie etc. waren mit offensichtlichen Schlagkraftverlusten verbunden. Die grüne Partei schob diese Bremsmechanismen

**Bauhelme
statt
Blauhelme**

PDS

**Wer nicht
widerstehen kann,
sollte sich
wenigstens
widersetzen.**

PDS

**Die Zeiten
ändern sich.
Die Farbe
bleibt.**

PDS

**Kopf hoch
nicht
die Hände**

PDS

**Eine Partei
für den Alltag,
nicht nur
für Wahlen**

PDS

**Ich wähle
gern:**

PDS

gegen die PDS

sollen der Regierung im Wahlkampf helfen.

beiseite, ihr Parteileben gleicht sich — wie niemand bestreitet — „der Normalität“ an.

Die PDS hingegen zeigt Ansätze, diese Normalität zu entrinnen. Sie hat durch ihr Programm den Wert der Meinungsvielfalt anerkannt und durch ihre Satzung innerhalb der Partei selbstorganisierte, selbstverantwortete Meinungsbildungsprozesse zugelassen. An dieser Tatsache reibt sich jetzt die bürgerliche Propaganda. Diese Propaganda hat auf ihrer Habenseite die verbreitete Erfahrung: In Parteien wird um die Führung gekämpft. Parteien kämpfen um die Macht im Staat. Was sie heute als Diskussion verkaufen, soll morgen ein Zwangsgesetz sein, Bürgerpflicht, mit Strafen bewehrt. Meinungen sind nur interessant im Zusammenhang mit Zwang und Macht, die Meinungsbildung suhlt sich im Sumpf der realen Macht.

Auf diesem Tatsachengrund geht die bürgerliche Propaganda gegen die PDS vor. Ein Erbe der alten BRD sind die Extremistenerlasse, d. i. das Recht, in einem inquisitorisch angelegten Verfahren Menschen wegen ihrer Meinungsäußerungen beruflich zu ruinieren. Mit diesem Rechtsinstrument ver-

sucht man nun, die PDS zu beeindrucken. Der Vorstand soll in die Pflicht genommen werden, die Lage zu bereinigen, und als nachgeborener Agent der Berufsverbote wirken.

Diese Kalkulation muß nicht aufgehen. Die Freiheit, Meinungsbildungsprozesse in der PDS zu organisieren, ist nicht aus einer Einsammel-Mentalität entstanden, sondern aus einer reservierten Haltung gegenüber der Ausübung von Macht. Eine tiefsitzende Skepsis über die Macht von Macht ist das vielleicht wertvollste Erbe der DDR-Geschichte.

Wer sich von Macht und Gewalt etwas verspricht, und sei es auch ruhig was Gutes, muß auf monolitische Einheit achten (so empfiehlt z. Bt. Klaus Kinkel seinen liberalen Parteifreunden öffentlich, „den Mund zu halten“).

Ja freilich. Wer einen Krieg führen will, braucht Gehorsam. Aber es gibt recht vielschichtige Gründe und Art und Weisen, einen Krieg nicht zu führen.

Gegen das Projekt der formierten, uniformierten Gesellschaft läßt sich die PDS schon sehen, leger, in Häufchen und Gruppen, miteinander redend, und öfter mal hört man auch wem zu. — (maf)

betrifft: „Extremist“

„Extremismus, Extremist, extremistisch“

„Im 20. Jh. eventuell unter Einfluß von älterem eng. *extremism* (19. Jh.) oder frz. *extremisme* (Anfang 20. Jh.), aufgekommene Bildung aus *extrem* und *-ismus* (s. *Ismen*), wobei das Adj. auf lateinisch *extremus* „der äußerste, am äußersten Rand“ zurückgeht. **Extremismus** wird gelegentlich auch im Plural *Extremismen* verwendet ...

Extremismus ist ein brisanter, weltanschaulich umstrittener Ausdruck, der in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung meist als Schlagwort mit stark negativer Wertung auf den politischen oder weltanschaulichen Gegner bezogen wird.

Mit **Extremismus** werden Ideen und Ideologien, die auf ihnen beruhenden Einstellungen, Denk- und Verhaltensweisen von Personen, Gruppen oder Richtungen charakterisiert, die am äußersten (linken oder rechten) Rand des politischen Spektrums angesiedelt sind. Extremisten, so will man sie zumindest einschätzen wissen, sind in ihrem Handeln zum Äußersten bereit und lassen nur ihre eigenen extremen politischen Anschauungen gelten, die sie kompromißlos und oft auch gewaltsam bis zu letzten Konsequenzen verfolgen und sich dabei rücksichtslos, aggressiv oder militant (s. *militant*) gegen andere verhalten.

Seit dem sogenannten Extremistenbeschuß (1972) ist der Ausdruck **Extremismus** mit erneuter Aktualität in die öffentliche Diskussion der Bundesrepublik eingeführt worden ... Er wird ganz ähnlich wie **Radikalismus** in brisanten politischen Zusammenhängen als innenpolitisches Kampf- und Feindwort auf die Bestrebungen von Personen(gruppen) angewendet, die als prinzipiell intolerant und anti-

demokratisch eingestuft werden und (angeblich) die Grundrechte der Verfassung verletzen oder gar mit (der Androhung von) Gewalt und Terror (s. *Terrorismus*) beseitigen wollen.

Seither werden im öffentlich-politischen wie im amtlichen Sprachgebrauch der Sicherheitsbehörden zunehmend statt der Ausdruck *verfassungsfeindlich* und *Verfassungsfeind* (scheinbar beliebig) auch die Schlagwörter **links-, rechtsextremistisch** und **radikal** bzw. **Links-, Rechtsextremist** und **Radikaler** verwendet.

Diese Gleichsetzung kann jedoch auch zu Mißverständnissen führen, da die Grundordnung der Bundesrepublik einen weiten Rahmen für ein breites Spektrum politischer Positionen spannt, innerhalb dessen stets irgendjemand eine „Extrem“-Position einnehmen muß, ohne daß er dadurch gleich als *verfassungsfeindlich* bezeichnet werden müßte, ebensowenig wie eine kompromißlos vertretene radikale Position als solche schon *verfassungsfeindlich* sein muß.

Trotz dieser Unschärfe in der Verwendung des Ausdrucks kann die Einstufung als Extremist einschneidende Folgen für den so Bezeichneten haben (z. B. wenn er Anwärter für den öffentlichen Dienst ist) haben, u. a. von der Überprüfung und Überwachung durch die staatlichen Sicherheitsorgane bis hin zu den im Extremistenbeschuß vorgesehenen Sanktionen (s. *Radikalerlaß/Extremistenbeschuß/Berufsverbot*) ...“

aus: Gerhard Strauß, Ulrike Haß, Gisela Harras, *Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist*, — Berlin, New York, Verlag Walter deGruyter 1989 (*Schriften des Instituts für deutsche Sprache, Mannheim*), S. 142f.

Betrifft: „REPORT“-Sendung, 25. 7. 1994

GNN-Verlag: Fragen an Holger Lösch

Die Sender der ARD strahlten am 25. Juli abends einen vom bayerischen Rundfunk gefertigten und auch presse-rechtlich zu verantwortenden Beitrag des Magazins „Report“ aus, der sich in erkennbar diffamierender und herabsetzender Weise mit der PDS und dabei u. a. mit der Arbeit der GNN-Verlage befaßte. Der Verlag war vorher von der geplanten Ausstrahlung nicht unterrichtet worden, die Redaktion hatte offenbar „verdeckt“ ermittelt. Die gute Sitte, Personen oder Institutionen, die man angreift, auch die Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, pflegt die Redaktion, die in ihrem publizistischen Handeln stark durch Verfassungsschutz und andere Behörden gelenkt zu sein scheint, offenbar auch nicht.

Der Verlag stand vor der Alternative, zum Staatsanwalt zu schreiten und die Redaktion wegen Verleumdung, Diffamierung usw. zu verklagen, oder zu versuchen, selbst eine offensichtlich sich zur „Kampfpresse“ rechnende Redaktion wie die des Magazins „Report“ auf den Weg des Diskurses zurückzuholen. Wir entschieden uns für den letzteren Versuch, wendeten uns an den Justitiar des bayerischen Rundfunks und baten um Übergabe des Manuskripts, das wir auch sofort erhielten. Am 5. August legten wir dem Justitiar die im folgenden dokumentierten Fragen an den namentlich für den Beitrag verantwortlich zeichnenden Redakteur, einen Herrn Holger Lösch, vor, übergaben der Redaktion auf dem gleichen Wege die Verlagsgrundsätze der GNN-Verlage und die Redaktionsgrundsätze der *Politischen Berichte* und erbaten zugleich Auskunft über die redaktionellen Grundsätze der Redaktion von „Report“, sofern vorhanden. Der Justitiar versprach, unsere Fragen sofort weiterzuleiten und sich um eine Beantwortung zu bemühen. Eine Antwort der Redaktion steht seitdem aus. Wenn sie erfolgt, werden wir sie in dieser Zeitung dokumentieren. — (rül)

Die Fragen

1. Sie verwenden Charakterisierungen wie „linksextrem“ bzw. „extreme ... Westlinke“, bzw. Extremistenszene in Ihren Beitrag siebenmal, ohne diesen Vorwurf auch nur ein einziges Mal mit einer Tatsache zu belegen. Die beleidigende Absicht wird für uns und jeden Hörer spürbar, aber einen berechtigenden Grund benennen Sie in keinem einzigen Fall. Nach unserem Eindruck überschreiten Sie dadurch die Grenze, die zwischen der scharfen, einseitigen Polemik und der Diffamierung aus der Autorität einer öffentlich rechtlichen Anstalt heraus gezogen ist. Welche Absicht verbinden Sie mit einem derartigen Vorgehen?

2. Sie bezeichnen die seit 1991 durch eine Arbeitsgemeinschaft herausgegebene — und in der Tat von der BWK-Bundeskonferenz geförderte — Zeitung *Politische Berichte* grob vereinfachend als „BWK-Blatt“. Sie bewerten in diesem Zusammenhang die Veröffentlichung eines Beitrages von Hans Modrow in den *Politischen Berichten* Nr. 12/94 als „Umschmeicheln“ der einstigen Führungspartei aus dem Osten durch Westkommunisten. Es ist auch als polemische Überzeichnung nicht vertretbar, die von Ihnen gemeinte DDR-SED als Führungspartei des von Ihnen genannten BWK zu bezeichnen. Aus allen Ihnen verliegenden Quellen konnten Sie entnehmen, daß der BWK je nach Sprachgebrauch zu der „neuen Linken“ oder der „maoistischen Lin-

ken“ gezählt wurde, deren Verhältnis zu den Parteien und Staaten des realen Sozialismus ziemlich kontrovers war.

Halten Sie es für vertretbar, diesen überprüfbaren Tatbestand zu überspringen, bloß um den Vorhalt der Schmeichelei irgendwie plausibel machen zu können?

3. Sie behaupten, im *Kurdistan-Rundbrief* sei die Demonstration in Hannover „bejubelt“ worden. Wie Ihnen Ihr Gewissen oder auch das Strafgesetzbuch sagt, ist die Trauer von Hinterbliebenen zu achten. Dies hätte für Äußerungen einer öffentlich rechtlichen Anstalt zu einer Trauerkundgebung für einen 16jährigen Jungen, der von einem Staatsorgan beim Plakatkleben getötet wurde, gut gepaßt. Wollen Sie bitte Ihr Bedauern über diese Entgleisung ausdrücken?

4. Sie bezeichnen die PKK als „blutige Terrorvereinigung“, ohne dies mit irgendeiner authentischen Äußerung der PKK zu belegen. Wie Sie wissen oder leicht erfahren können, schreibt die Staatsverfassung der türkischen Republik die Türkisierung der vielen Völker, die auf dem Gebiet dieses Staates leben, vor. Jede Form von Widerständigkeit wird als Verbrechen geahndet. Möglichkeiten für die Ausübung einer legalen Opposition in dieser Hinsicht bestehen nicht. Gerade zur Zeit wird gegen Abgeordnete kurdischer Nationalität in der Türkei ein Abschreckungs- und Schauprozeß geführt. Halten Sie es in einem solchen Konflikt für vertretbar, eine Konfliktpartei, die PKK, einem großen Publikum ausschließlich entsprechend der Charakterisierung durch ihre erklärten Gegner vorzustellen?

6. Für das Publikum ist die Tendenz Ihres Magazin erkennbar. Konservative Kampfpreise, der mündige Bürger genießt es mit Vorsicht, scharfe Worte sind erlaubt usw.

Es ist aus unserer Sicht jedoch möglich, daß Sie mit Ihrem Beitrag die auch bei dieser Tendenz immer noch mögliche journalistische Unabhängigkeit verloren und in die Rolle eines Propagandaorgans der Exekutive, hier des Verfassungsschutzes, geraten sind.

Kritische Journalisten reden oft von „der Schere im Kopf“ und meinen damit die Tendenz, dem Anpassungsdruck nachzugeben, noch bevor er ausgeübt wird. Wir sehen in dem Verhältnis, das Sie zu den Anforderungen der Exekutive einnehmen, so etwas wie eine innerlich vorweggenommene Gleichschaltung.

Haben Sie sich im Zuge ihre beruflichen Bildung zum Rundfunkjournalisten auch einmal mit dem Problem der Rundfunkgleichschaltung 1933 durch Goebbels auseinandergesetzt oder ist ihnen das Problem gar nicht geläufig?

5. Wie sehen Sie in Ihrem Beruf als Journalist die Würde des Mitmenschen? Meinen Sie nicht, daß zur Achtung dieser Würde gehört, Menschen, Gruppen, Vereinigungen, über die Sie von Behörden etwas erfahren haben, zu solchen Charakterisierungen wenigstens vor einer öffentlichen Weiterverbreitung solcher behördlicher Charakterisierung anzuhören?

Köln, den 5. August 1994

(Die Fragen stellten Rüdiger Lötzer und Martin Fochler, Geschäftsführer der GNN-Verlagsgesellschaft *Politische Berichte m. b. H.*, Köln)



Antifaschistische Protestaktion gegen ein Treffen der Waffen-SS (Hiag) in Köln am 5. Dezember 1992. (Bild: af/mz)

„Keine Stimme für rechts“

Neu bei GNN: Broschüre gegen neofaschistische Kommunalpolitik am Beispiel Kölns

Zur Deutschen Liga, zur Analyse ihres Kommunalwahlprogramms und ihrer Verbindungen zu anderen neofaschistischen Kräften liegt eine neue Broschüre vor: „Keine Stimme für Rechts. Neofaschistische Kommunalpolitik am Beispiel Köln — Umtriebe und Hetzkampagnen der Deutschen Liga und der Republikaner.“ Herausgeber ist der Arbeitskreis Neofaschismus in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten Köln.

Zur Beurteilung der „Deutschen Liga“ schreibt die Redaktion im Eingangsbeitrag: „Die ‚Deutsche Liga‘ in Köln und deren Funktionäre sind nicht irgendeine neofaschistische Gruppierung. Wir haben es hier mit geschulten Funktionären zu tun, die von ihrer ‚Politik‘ leben und die in ihrer politischen Karriere in der rechten Szene in der Bundesrepublik immer entscheidenden Einfluß nehmen konnten. Theoretisches und praktisches Gerüst der Liga ist deren Zeitschrift *Europa vorn*, die bundesweit verbreitet wird.“

Die „Deutsche Liga“ in Köln ist eine der gefährlichsten Gruppierungen in der BRD. 1989 legten diese Leute im Rahmen der „Republikaner“ das erste rechte Kommunalwahlprogramm vor, das von bundesweiter Bedeutung war und das mit dazu beitrug, daß in den folgenden Jahren rechte Parteien bei Kommunal- und Gemeindewahlen in Parlamente einziehen konnten.“

Die Broschüre bietet eine eingehende Darstellung der Ratstätigkeit der Deutschen Liga in Köln. Gestützt auf ihre Mandate, holte die Liga zu neuen Hetzkampagnen gegen Ausländer, Flüchtlinge und ganz besonders gegen die Roma aus. Sie nutzte dabei das Kommunalparlament zur rechten Stimmungsmache und beschäftigte den Rat mit Anfragen und Anträgen. In diesem begrenzten Rahmen läßt sich ablesen, daß ihre hetzerischen Anträge einen gewissen Einfluß auf reaktionäre bürgerliche Kräfte haben. Im September 1992 stellte die Kölner CDU im Rat den Antrag: „Mißbrauch des Asylrechts und zum berechtigten Sicherheitsbedürfnis“. Dieser wurde zwar abgelehnt, jedoch stellte die Liga die inhaltliche Übereinstimmung mit ihren Positionen fest und si-

gnalisierte gleichzeitig, daß sie auch auf die Vernichtung konservativer bürgerlicher Parteien aus ist: „Die CDU wird auch durch die scheinbare Übernahme unserer Forderungen den Schrumpfungsprozeß ihrer Wählerschaft nicht aufhalten können.“

Die Hetze der Deutschen Liga gegen die Roma gipfelte in der beispiellosen Steckbriefaktion gegen eine einzelne Frau, Nidar Pampurova, in der eine Belohnung für ihre Ergreifung versprochen wurde. Zwar wurde der Deutschen Liga gerichtlich untersagt, die Aktion fortzusetzen, und die Stadt Köln erklärte, sie sei keine Strafverfolgungsbehörde und werde ohne konkreten Grund nicht tätig werden, um Frau Pampurova aufzufinden, aber Bleiberecht erhielt die Familie nicht. Der Antrag der Grünen dazu wurde abgelehnt.

Ein düsteres und besorgniserregendes Kapitel sind die Reaktionen der Kölner Staatsanwaltschaft auf Anzeigen gegen die Deutsche Liga, die bei verschiedenen Anlässen von antifaschistisch gesonnenen Personen gestellt wurden.

Schon früher hatte die Deutsche Liga bewaffnete Bürgerwehren gegen Aus-

länder gefordert. Im Mai 1994 propagierte sie erstmals bewaffneten Terror auch gegen antifaschistische Kräfte. Die Zeitschrift *Europa vorn* dokumentierte einen Beschluß der Antifaschistischen Landeskonferenz NRW und log, hier würden „konkrete Terroraktivitäten“ gegen Rechte geplant. Das Blatt schrieb: „Solche Gruppen wie auch mit Schußwaffen ausgestattete ‚Antifa-Gruppen‘ tauchen nicht überall im Bundesgebiet auf; dort, wo es sie gibt, kann ihnen nur mit scharfen Schußwaffen begegnet werden.“ Die Kölner Staatsanwaltschaft lehnte nicht nur die Strafanzeige der VVN/BdA gegen den Herausgeber Manfred Rouhs ab, sondern bestätigte geradezu mit eigenen Worten, was Neofaschisten dürfen und welche Begründungen sie sich merken sollten: „Insbesondere liegt kein Verstoß gegen § 111 StGB (Öffentliche Aufforderung zu Straftaten) vor. Die Hinweise zur Erlangung von waffenrechtlichen Erlaubnissen sind schon deshalb nicht strafbar, weil nur die gesetzlichen Möglichkeiten aufgezeigt werden. Aber auch der Hinweis, wie ein verummter Straftäter überführt werden kann, ist

nicht zu beanstanden. Denn nach § 127 Abs. 1 StPO ist jedermann befugt, einen anderen ohne richterliche Anordnung vorläufig festzunehmen, wenn dieser auf frischer Tat getroffen oder verfolgt wird und er der Flucht verdächtig ist oder seine Identität festgestellt werden kann. In diesem Zusammenhang sind auch die Anwendung körperlicher Gewalt und das Anlegen von Fesseln grundsätzlich zulässig.“

Mehrere Artikel der vorliegenden Broschüre befassen sich mit besonderen Punkten, an denen die Deutsche Liga weitere Minderheiten diskriminiert und deren Verfolgung anheizen will. Sie will, daß insbesondere Homosexuelle und Drogensüchtige durch den Staat unterdrückt werden. Zu diesem Zweck stellt sie weitgehende Forderungen nach Ausbau von Polizei und Gefängnissen bei gleichzeitiger Beschneidung von Grund- und Bürgerrechten.

Nützlich sind alle Ausführungen, die die Verbindungen der Deutschen Liga zu anderen neofaschistischen Organisationen beschreiben. Ein Artikel über den „Volksbund Deutscher Ring“, der wenig bekannt ist, zeigt, daß hier unter der Fahne eines kulturliebenden Vereins bereits 1963 ein Forum geschaffen wurde, wo mehr im Verborgenen nicht nur wichtige Vertreter neofaschistischer Organisationen zusammenkommen, die öffentlich konkurrieren, sondern daß hier auch ein Ort ist, wo die Fäden zu bereitwilligen konservativen Kreisen geknüpft werden. So nahm an den Jahreshauptversammlungen des VDR der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU im Rat der Stadt Köln, Adolf Hellmich, teil, ehemaliger Kaufhof-Personalchef und Referent bei Veranstaltungen des VDR.

Im Schlußteil der Broschüre wird das Kommunalwahlprogramm der Deutschen Liga dokumentiert. Es wird in zwei vorangestellten Beiträgen kritisiert. Hier wird die treibende Funktion der Deutschen Liga in der Schaffung von Verbindungen zu anderen reaktionären Strömungen gezeigt, insbesondere ihre Verantwortlichkeit für die Förderung tödlichen neonazistischen Terrors, der bereits stattgefunden hat, nämlich gegen türkische Menschen in Solingen. — (anl)



Keine Stimme für Rechts

Neofaschistische Kommunalpolitik am Beispiel Köln — Umtriebe und Hetzkampagnen der Deutschen Liga und der Republikaner

Herausgegeben vom
Arbeitskreis Neofaschismus
in der VVN/BdA Köln
40 Seiten A4, August 1994
ISBN 3-926922-26-5

Zu beziehen über:
GNN-Verlag,
Zülpicher Str. 7, 50674 Köln
Preis: 5,- DM + Versandkosten